Nr. 214. 35. Jahrg.

Bezugspreis:
Vierteljährl. 4,50 Mk., monatl. 1,50 Mk. frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich vom Postschalter abzuholen 1,50 Mk., vom Briefträger ins Haus gebracht 1,64 Mk. Unter Kreuzband für: Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3,— Mk., für das übrige Ausland 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatl. 1,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die 6gespaltene Kolonelzeile kostet 80 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 30 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 15 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 60 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Dienstag, den 6. August 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Kämpfe an der Vesle.

Die französischen Sozialisten und die Kreditbewilligung.

Ein Kampf für die internationale Konferenz.

Durch verschiedene Zeitungen geht die Behauptung, der Nationalrat der französischen Sozialistenpartei habe die sozialistische Kammerfraktion beauftragt, die Kriegskredite künftig abzulehnen. Das ist nicht richtig. Abgesehen davon, daß der Beschluß des Nationalrats nur ein vorläufiger, die Fraktion nicht bindender ist und daß die endgültige Entscheidung erst auf einem binnen zwei Monaten einzuberufenden Parteitag fallen soll, hat sich der Nationalrat selbst keineswegs für eine Kreditverweigerung unter allen Umständen entschieden. Die Resolution Longuet beauftragt vielmehr die Abgeordneten, für die Erteilung von Pässen zu einer internationalen Konferenz eine machtvolle Aktion zu führen, die „bis zur Verweigerung der Kriegskredite gehen soll" (devant aller jusqu'au refus des crédits militaires).

Die Ankündigung einer eventuellen Kreditverweigerung soll also als Droh- und Druckmittel benützt werden, um die Hindernisse, die dem Zusammentritt einer internationalen Sozialistenkonferenz entgegenstehen, aus dem Wege zu räumen. Daß die Sache so und nicht anders gemeint ist, geht auch aus der Debatte über die Resolution Longuet hervor, zu deren Begründung Paul Mistral ausführte:

> Wir wissen genau was wir wollen. Wir wollen vor allem die internationale Wiedervereinigung. **Wir wollen eine internationale Konferenz**, zu der sich im Vorjahr unsere Mehrheitler bloß mit einem Lippengebet bekannt haben. Diese Konferenz notwendiger denn je, ist heute auch möglicher denn je, **nachdem sich die Deutschen in aller Form für sie erklärt haben.** Aber wenn diesmal wieder die Pässe verweigert werden? Das ist dann der Kampf, den wir sofort entschlossen aufnehmen werden. Wir werden dann unsere parlamentarische Aktion bis zur Kreditverweigerung steigern und einen direkten Appell an die Massen der Arbeiter und Bauern ergehen lassen. Mit der „revolutionären Gymnastik" von ehedem hat ein solches Vorgehen nichts zu tun.

Ganz in demselben Sinne erklärte sich ein anderer Redner der zum Schluß siegreich gebliebenen Linken, Pressemane. Er erklärte die Antwort der deutschen Sozialisten sei zufriedenstellend: „sie konnte nicht anders sein als sie ist, sie ist unzweifelhaft sozialistisch". Was die Linke im Einverständnis mit den Gewerkschaften (der C. G. T.) vorschlage, sei eine parlamentarische Aktion, für den Fall, daß die Regierung die Pässe verweigern sollte. Diese parlamentarische Aktion solle auch die Verweigerung der Kredite miteinbegreifen, falls dies der Nationalrat ausdrücklich fordere.

Für Kreditverweigerung unter allen Umständen sprach sich nur der Zimmerwalder Loriot aus mit der Begründung, wer für die Kredite sei, sei auch für den Krieg. Die von ihm eingebrachte Resolution erzielte aber nur 152 von 2882 abgegebenen Stimmen.

•

Genf, 5. August. Der **allgemeine französische Sozialistenkongreß** wurde auf den 6. Oktober einberufen.

Frontverlegung und Nachhutkämpfe.

Berlin, 5. August. (W. T. B.) Die Ausführung unserer Bewegungen in der Nacht vom 1. zum 2. August erfolgte, wie an der Hauptfront auch südwestlich Reims, nachdem alles, was dem Feinde hätte zweckdienlich sein können, zurückgeschafft oder zerstört worden war. Alle vorhandenen Bestände und Munitionsdepots waren beizeiten zurückgeführt. Auch die Ernte war zum großen Teil eingebracht. Der Abmarsch der Truppen, die in vorderster Linie gestanden hatten, geschah ohne einen Mann Verlust.

In der Nacht und am Morgen beschoß der Feind noch mit seiner Artillerie ausgiebig die Höhe 240 westlich Brigny und die Talmulden unseres alten Kampfgeländes, die längst von uns geräumt waren, ein Beweis, daß er nichts gemerkt hatte.

Am Nachmittage des 2. August fühlte er vorsichtig mit Patrouillen an unsere zurückgelassenen Postierungen heran, folgte dann in Marschkolonen über Mery in Richtung Germigny, Janvry und auf Gueux. Dies war der willkommene Augenblick für unsere Artillerie, dem Gegner durch zusammengefaßtes Vernichtungsfeuer schwere Verluste zuzufügen. Er wurde zur Entwicklung und zum Angriff gegen unsere Nachhutstellung gezwungen. Oestlich Gueux vorgehende Kavallerie wurde in alle Winde verstreut. Auf dem linken Flügel kam ein feindlicher Angriff auf den Höhen bei Germigny zum Stehen. Durch das tapfere Aushalten eines deutschen Artilleriebeobachters bei der Rosnayferme, welcher das deutsche Feuer auf die nachfolgende französische Infanterie hervorragend leitete, wurde der Feind gegen Abend von den Höhen bei Germigny wieder zur Umkehr gezwungen; ebenso flutete die bei Moizon vorgehende Infanterie wieder zurück.

Unsere Nachhuten bei Thillois verwehrten dem Gegner dort das Ueberschreiten der Reimser Straße.

So endete der Versuch des Feindes, die Zurücknahme unserer Nachhuten zu stören, am 2. August abends unter schwersten Verlusten für ihn selbst. Er wagte nicht weiter vorzubringen. Auch die Nachhuten lösten sich nach vollständig gelungener Durchführung ihrer Aufgabe in der Nacht vom 2. zum 3. August unbehelligt vom Feinde los. Unsere noch vor denselben ausharrenden Patrouillen und Maschinengewehre fügten heute vormittag dem Feinde bei seinem Vorfühlen weitere Verluste zu. So hat auch diese Operation wesentlich dazu beigetragen, den Feind in seiner Kampfkraft zu schwächen.

•

Amsterdam, 5. August. Reuters Korrespondent im französischen Hauptquartier berichtet vom Sonnabendabend: Wir sind wieder im **Bewegungskrieg.** Kavallerie verteilt sich fächerförmig über die Felder und geht der vorrückenden Infanterie vorauf. Längs der Wege entdeckt die Kavallerie Maschinengewehrposten der Deutschen. Die feindliche Artillerie richtet ihr Feuer auf bestimmte Punkte, Wege und Brücken, die unsere Truppen passieren müssen, und versucht, ihren Vormarsch zu verlangsamen.

•

Französischer Heeresbericht vom 4. August, abends. Im Laufe des Tages erreichten wir die Vesle an mehreren Punkten **östlich vom Flusse.** Die feindlichen Nachhuten leisteten lebhaften Widerstand besonders zwischen Muizon und Champigny. Unseren leichten Truppen gelang es trotzdem, auf dem Nordufer an verschiedenen Stellen Fuß zu fassen. Fismes ist in unserem Besitz. Nordwestlich von Reims gewannen wir Boden bis zum Dorfe Neuvillette, welches der Feind nachdrücklich verteidigte. Auf dem **linken Ufer der Avre** zwischen Jastel und Mesnil Saint Georges wurden die Deutschen gezwungen, einen Teil ihrer infolge unseres Vormarsches vom 23. Juli unhaltbar gewordenen Stellungen aufzugeben. Wir besetzten Braches, drangen in Hargicourt ein und schoben unsere Linien an den westlichen Rand von Courteranche vor. Wir machten Gefangene.

Französischer Bericht vom 5. August, nachmittags. Keine Einzelheiten von der Schlachtfront zu berichten. Leichte französische Kräfte, die die **Vesle überschritten** hatten, stießen **überall auf deutschen Widerstand.**

Amerikanischer Heeresbericht vom 4. August. Wir haben Fismes genommen und halten in diesem Abschnitt das Südufer der Vesle besetzt.

Englischer Heeresbericht vom 4. August, morgens. Unsere Patrouillen erreichten die **Aure** zwischen Dernancourt und Hamel und sind auf dieser Linie in Berührung mit dem Feinde.

Frontverlegung an Avre und Vesle — Stärkerer feindlicher Angriff auf Fismes.

Berlin, 5. August 1918, abends. Amtlich.

Oertliche Kämpfe an der Vesle.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 5. August 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der Front zwischen Ypern und südlich von Montdidier nahm die Feuertätigkeit am Abend zu und blieb auch die Nacht hindurch lebhaft. In Flandern, nördlich von Albert und beiderseits der Somme wurden Vorstöße des Feindes abgewiesen. Nördlich von Montdidier nahmen wir unsere auf dem Westufer der Avre und des Dombachs stehenden Kompagnien ohne feindliche Einwirkung hinter diese Abschnitte zurück. Bei kleineren Unternehmungen südwestlich von Montdidier machten wir Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Vesle hat die Feuertätigkeit zugenommen. Erfolgreiche Vorfeldkämpfe südlich von Condé und westlich von Reims. Nach Abwehr feindlicher Teilvorstöße wichen unsere Nachhuten stärkerem Angriff des Gegners auf Fismes befehlsgemäß auf das nördliche Vesle-Ufer aus.

Heeresgruppen Gallwitz und Albrecht.

Westlich der Mosel, in den mittleren und oberen Vogesen wurden Vorstöße des Feindes abgewiesen. Im Sundgau machten wir bei eigener Unternehmung Gefangene.

Vizefeldwebel Thom errang seinen 27. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 5. August. Amtlich wird verlautbart:

Nirgends größere Kampfhandlungen.

Der Chef des Generalstabes.

Die Kosten des Weltkriegs.

Eine der offiziösen Notizen, in denen die Bilanz der vergangenen vier Jahre gezogen wird, beschäftigt sich auch mit den Kosten des Weltkrieges und der Frage der Kostendeckung. Sie besagt folgendes:

Die Gesamtkosten des Weltkrieges für die vergangenen vier Jahre sind auf

650 bis 700 Milliarden Mark

zu veranschlagen. Von dieser Riesensumme entfällt noch nicht ein Drittel auf die Mittelmächte. Am Ende des vierten Kriegsjahres betrugen die monatlichen Kriegskosten der Entente 15,3 Milliarden Mark gegen nur 5,8 Milliarden Mark Kriegskosten der Mittelmächte. Auch nach dem Ausscheiden Rußlands und Rumäniens erreichen die monatlichen Ententekriegskosten also fast das Dreifache der Vierbundskosten.

Auch die Anleihepolitik der Mittelmächte ist vielfach erfolgreicher als die der Entente. Bisher hat die Entente von 500 Milliarden Mark Kriegskosten nur 125,6 Milliarden fundiert, die Mittelmächte von 156 Milliarden Mark Kriegskosten aber 134,3 Milliarden Mark. Deutschland brachte mit acht Kriegsanleihen 88 Milliarden oder 71 Proz. seiner Kriegskosten langfristig auf, gegen 32 Proz. in England und 30 Proz. in Frankreich. Die Mittelmächte deckten ihren Anleihebedarf fast ausschließlich im eigenen Lande, während Frankreich und England gewaltige Summen im Auslande aufnahmen.

Das stolze Selbstgefühl, das diese frohe Nachricht geflissentlich zur Schau trägt, ist unverständlich. Den anderen geht es schlecht. Schön! Aber geht es uns gut?

Es wäre wahrhaftig verlockend, wenn auch ziemlich nutzlos, wieder einmal eine Rechnung aufzumachen, wie viele Herrlichkeiten der darbenden und leidenden Menschheit hätten beschert werden können, wenn diese Milliardenopfer nicht in Pulverdampf zur Vernichtung blühender Menschenleben, sprossenden Glückes aufgelöst worden wären, wie viele Werke hätten geschaffen werden können — dauernder als Erz —, die die Volkskraft erhöht, den Schaffensdrang befruchtet, den Reichtum vermehrt hätten.

„Die anderen haben mehr Schulden als Deutschland." Aber hat Deutschland so wenig Schulden, daß ihm diese Bürde leicht fiele. Und wie ist dieser höchst summarische Vergleich erfolgt. Sind auch in die deutsche Rechnung die Kriegskosten eingestellt, die nicht das Reich, sondern die Bundesstaaten und Gemeinden tragen? Und ist gesagt, was für diese Schulden geleistet worden ist? Werden die Angehörigen der Krieger, die Hinterbliebenen der Gefallenen, die verstümmelten Opfer des Krieges nirgends besser als in Deutschland versorgt? Und wenn ja, wird nicht auf Kosten der schwächsten Glieder der im Kriege angeblich zu einer höheren Einheit emporgetragenen Volksgenossenschaft gesündigt?

Aber würden sämtliche Fragen auch zuungunsten der Redakteure dieser durch einen absonderlichen Stolz hervorragenden „Verlautbarung" beantwortet, so bliebe doch tatsächlich noch ein erheblicher Betrag, den Deutschland weniger aufgewendet hat als seine Gegner. Das ist nur natürlich. Weil die ganze übrige Welt gegen uns Krieg führt, brauchte sie mehr Geld als die Mittelmächte. Wunderbar sind nur zwei Dinge: daß die deutsche Politik diese in der Geschichte einzige, durch ihre Größe groteske Koalition hat entstehen lassen und zusammenhält und daß die ungeheure Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes diese Koalition dauernd in Schach hält.

Die Redakteure dieser ruhmredigen Notiz berufen sich auf die glänzende Anleihepolitik des Reiches. Es ist wahr: Kein Staat hat in so großem Umfange seine schwebende Schuld in ewige oder langfristige Rente umgewandelt wie Deutschland. Ein Narr, der das nicht mit Freuden anerkennt. Aber ein Narr noch viel mehr, wer damit die Mühe des Tages geendigt glaubt und sich auf seinem guten Gewissen wohl ausruht. „Deutschland hat 71 Proz. der Kriegskosten durch langfristige Rente gedeckt." Aber was ist Deutschland? Ist das nur die Reichsregierung oder gehören dazu auch Bundesstaaten und Reich, denen wenigstens vorläufig ein Teil der direkten Kriegslasten zufällt, von den mittelbaren ganz zu schweigen? Und ist die Kriegsanleihe schon in die letzten Hände gelangt? Im Gegensatz zu den feindlichen Staaten haben unsere Banken den Erfolg der Anleihezeichnungen gewiß nicht dadurch retten müssen, daß sie Milliarden für sich selbst hereinnahmen, ohne die Möglichkeit ihrer festen Placierung. Aber war die deutsche Sparkraft im Kriege so kolossal, daß sie trotz des Ruins unzähliger Existenzen, trotz der bevorstehenden hohen Steuern die bisher ausgegebenen und die noch kommenden Kriegs- und Friedensanleihen, Staats- und Gemeindeanleihen wird verdauen können? Was nützt es, wenn der andere mit mehr Passiven als ich den Konkurs anmeldet — bankerott ist, bankerott!

„Die Mittelmächte decken ihr Geldbedürfnis im Inland, während Frankreich und England gewaltige Summen im Ausland aufnahmen." Aber Schulden ans Ausland müssen gar nicht

schädlich sein, sie können, bleiben sie in einem richtigen Verhältnis zur eigenen Leistungsfähigkeit, sogar höchst nützlich und vorteilhaft sein. Viele kluge Leute in Deutschland — und zu ihnen gehören wohl auch Graf Roedern und Herr von Havenstein — können sich für die Zeit nach dem Kriege gar nichts mehr wünschen als eine recht massive Auslandsanleihe Deutschlands. Uebrigens sind die deutschen Schulden an das Ausland gar nicht so ganz gering, wenn auch die verschiedenen Kredite in privatwirtschaftlicher Form eingerechnet werden. Noch wesentlicher ist, daß in den besetzten Gebieten, die doch noch nicht deutsch sind, Milliarden deutscher Noten umlaufen, daß das Reich für die dort emittierten Noten Verpflichtungen übernommen hat und daß alle die großen Mengen bunter Zettel — kurzfristigster Ziehungen auf die deutsche Reichsbank — über das neutrale Ausland verkauft werden.

Ueberflüssig, daran zu erinnern, wieviel die deutsche Steuerpolitik zu wünschen übrig läßt, wie dem Reichstag Jahr für Jahr ein Staatshaushalt vorgelegt wird, der nicht stimmt, wie die dauernde steuerliche Deckung des Schuldendienstes nachhinkt, wie die für die Verringerung der Kriegsschuld bestimmte einmalige Kriegssteuer zur Stopfung des Defizits im ordentlichen Staatshaushalt mißbraucht wurde.

Des Eiapopeios für große Kinder sind wir müde. Daß wir schadenfroh auf die notleidenden Feinde zeigen können, ist ein verdammt billiger Spaß ohne einen Funken Sinn und Witz und hilft nicht über die eigene Not. Nur eins kann helfen: die nüchterne Klarheit über die allgemeine Misere und die entschlossene Kraft, unter Opfern und mit harter Arbeit eines einigen Volkes die Spuren dieses unglückseligen Krieges zu tilgen.

Die Bereitschaft zum Verständigungsfrieden.

Neue Aeußerungen Troelstras.

Troelstra weilt seit kurzem in der Schweiz. Sein Aufenthalt ist mit Deutungen bedacht worden, die der Reise unseres holländischen Genossen einen bedeutsamen politischen Zweck beimessen wollen. Derartige Kommentare, die auf eine Friedensaktion hinwiesen, sind als unzutreffend bezeichnet worden. Troelstra hat nun eine Unterredung für die Oeffentlichkeit gehabt, die in der „Gazette de Lausanne" mitgeteilt wird. Die „Nordd. Allg. Ztg." gibt daraus wieder, was sich auf die Frage nach dem Zustandekommen des Friedens bezieht. Troelstra sagt:

Ich bin der Ansicht, daß der Augenblick nahe ist, wo Europa bereit sein wird, einen Verständigungsfrieden zu schließen. Das deutsche Volk ist sehr kriegsmüde und folgt seiner Regierung nur aus Notwendigkeit. — Wenn die gegenwärtige Offensive endgültig scheitert und wenn das deutsche Volk sich dadurch überzeugen läßt, daß jede von der einen oder anderen Seite versuchte Offensive zu verhängnisvollem Mißerfolg verurteilt ist, wird es bereit sein, den Verständigungsfrieden zu schließen, den die deutschen Sozialisten schon wünschen und erlangen wollen. Notwendig ist natürlich, daß die Regierungen der Alliierten ihre Bereitschaft dadurch zeigen, daß sie die Pässe erteilen. Der französische Sozialist Longuet hat im übrigen die Meinung der französischen Sozialisten in der ausgezeichneten Entschließung zum Ausdruck gebracht, die soeben von der Mehrheit des französischen Nationalrates angenommen ist. — Welches wären

die Grundlagen dieses Verständigungsfriedens?

Die Deutschen werden sicherlich Belgien seine Unabhängigkeit wiedergeben, aber unter der Bedingung, daß diesem Lande eine vollkommene und absolute Neutralität auferlegt wird. Sicher ist, daß man, wenn die Neutralität auferlegt ist, nicht mehr von vollständiger Unabhängigkeit sprechen kann. —

Was den Frieden von Brest-Litowsk anlangt, so sind die Deutschen zu seiner Revision bereit. Was den Alldeutschen erlaubt hat, diesen für die sozialistischen Prinzipien vernichtenden Frieden zu schließen, ist die Tatsache, daß die Russen von der Entente sich selbst überlassen waren. Wenn die Alliierten eingewilligt hätten, an den Verhandlungen teilzunehmen, wie Deutschland sie ja dazu eingeladen hatte, so wäre es den Russen ganz anders und zu ihrem Vorteil ergangen.

Und Elsaß-Lothringen? — Was Elsaß-Lothringen anangt, so ist es klar, daß das deutsche Volk niemals in den Gedanken seiner Rückgabe an Frankreich einwilligen wird. Das größe Zugeständnis, das die deutschen Sozialisten machen könnten, wäre die Zulassung eines Plebiszits, das drei Jahre nach der Unterzeichnung des Friedens von Deutschland und unter seiner Kontrolle zu organisieren wäre. — Wenn Frankreich und die Alliierten aus der Rückgabe Elsaß-Lothringens eines ihrer wesentlichen Kriegsziele machen, wird der Krieg noch 10 Jahre dauern, wenn das materiell möglich ist. Deutschland könnte auf Elsaß-Lothringen nur verzichten, wenn es militärisch vernichtet wäre.

Das einzige Land, das in der Lage ist, den Krieg noch zu verlängern, ist Amerika. Und kann man sich einbilden, daß die Franzosen weiterkämpfen, um den Amerikanern ein Vergnügen zu machen? Der deutsche Militarismus ist eine Plage, aber der Militarismus, der ihn niederringen könnte, würde eine zweite Plage sein und ebenso unerträglich nach Kriegsende bleiben. Und die militärischen Ausgaben der Völker würden verzehnfacht sein. Was soll dann aus den kleinen Ländern werden, die unfähig sind, ihr Budget ähnlich zu belasten? Was man unterdrücken muß, ist die geheime Diplomatie, sind die lächerlichen kleinen Machenschaften der gegenwärtigen Diplomatie, die die Reden, die ein Diplomat beim Diner hält, in der ganzen Welt durch die Telegraphenagenturen verbreiten läßt und so das Leben der Völker erschüttert.

Troelstra fordert ein neues Organ für die Pflege der Beziehungen der Staaten und Völker, ein Organ fortgeschrittener Kultur, die das höchste Ziel in der Sicherung der Entwicklungsfreiheit sieht.

Das einzige Mittel, zu einem regulären, friedlichen, internationalen Leben zu gelangen, ist, sagte Troelstra, die Schaffung eines internationalen Organs, das über die Staaten gestellt wird und in der Lage ist, einen bestimmenden Einfluß auszuüben, um bewaffnete Konflikte zu vermeiden.

Weißrussen gegen die Abtrennung Weißrußlands.

Moskau, 5. August. (P. T. A.) Die Ende Juli in Moskau stattgefundene Konferenz der Weißrussen wendet sich in einer Resolution gegen jeden Versuch der in der Minsker Gruppe befindlichen Großgrundbesitzer (gegen Skirmund und andere, die sich die weißrussische Regierung nennen), die Trennung Weißrußlands von Rußland mit Hilfe von Ausländern zu verwirklichen, um dadurch die Herrschaft der Großgrundbesitzer zu befestigen.

Malvys pazifistische Schuld.

Schluß der Verhandlungen.

Paris, 5. August. (Havas.) Vor dem Obergericht setzte Bourdillon sein Plaidoyer fort und sagte, die einzige Beschuldigung, die der Generalstaatsanwalt aufrecht erhalte, sei die behauptete Gleichgültigkeit Malvys bei Verhinderung der pazifistischen Propaganda. Malvy habe immer erklärt, er sei ein Gegner der gerichtlichen Behelligungen der Arbeiterorganisationen gewesen. Sie werden, fuhr der Verteidiger fort, darüber zu urteilen haben, ob seine Politik klug oder unklug war, aber man kann sie nicht wie der Generalstaatsanwalt als verbrecherisch bezeichnen. Es ist nicht zu leugnen, daß Malvy gegenüber den Organisationen der Anarchisten völlig pflichtgemäß verfuhr. Zahlreiche Rundschreiben beweisen, daß er fortgesetzt Anweisungen gab, um nach Druckschriften zu fahnden und die Verfasser zu bestrafen; wenn indessen der Minister es einige Male vorzog zu unterhandeln anstatt zu bestrafen — war diese Lösung nicht besser als die Anwendung von Gewalt? Malvy erhob sich und versicherte, er habe das Bewußtsein, dem Vaterlande gedient zu haben. Damit schließen die Verhandlungen.

Genf, 5. August. Nach Beendigung der Rede des Verteidigers Malvys vertagte sich der Senat. Heute hielt er eine Geheimsitzung ab, um das Urteil über den ehemaligen Minister zu fällen.

Arbeiteraufstände in Omsk und Samara.

Moskau, 30. Juli. Verspätet. (P. T.-A.) Das von den Tschecho-Slowaken geübte reaktionäre Regime rief einen Arbeiteraufstand gegen die Tschecho-Slowaken in Omsk und in Samara hervor. Beide Aufstände wurden blutig unterdrückt.

Die Lage an der Wolga und im Dongebiet.

Moskau, 30. Juli. Verspätet. (P. T.-A.) Die Sowjet-Truppen rücken weiter erfolgreich gegen die Tschecho-Slowaken im Wolgagebiet vor. Auf der Mittelwolgafront stehen die Sowjet-Truppen schon 7 Werst vor der Stadt Simbirsk und besetzten die Eisenbahnstation Nikulino in der Nähe der Stadt Syfran. Auf der Südwolgafront setzten die Sowjet-Truppen über die Wolga, befestigten sich auf dem östlichen Ufer und nahmen Balakowo ein. Noch weiter östlich von Balakowo haben sich die Sowjet-Truppen in der Stadt Nikolajewsk festgesetzt und die Tschecho-Slowaken 25 Werst nördlich von Nikolajewsk in der Richtung nach Samara zurückgeschlagen. Auf der Nordwolgafront befinden sich die Sowjet-Truppen auf dem Ostufer der Kama und Wolga in den Städten Tschistopol, Spassk und Menselinsk und rücken in der Richtung der Stadt Birsk vor.

Moskau, 30. Juli. Verspätet. (P. T.-A.) General Krasnow rückt, nachdem er große Kräfte angesammelt hat, nach dem Norden des Dongebietes gegen die Station Filonowo vor, die auf der Eisenbahnlinie liegt, welche Zarizyn mit Rußland verbindet. Die Sowjet-Truppen, darunter auch Sowjet-Kosaken-Abteilungen, gehen unter beständigen Kämpfen langsam zur Station Filonowo zurück.

Moskau, 5. August. (P. T.-A.) Nach der Einnahme Syfrans durch die Tschecho-Slowaken wurden von den Tschechen und russischen Reaktionären nicht nur die Arbeiter verfolgt, sondern auch die Juden, von denen einige erschossen wurden.

Im Norden Rußlands.

Moskau, 2. August. Die hiesige Presse meldet: Der Rat der Volkskommissare genehmigte in einer Sitzung 300 Millionen Rubel zum Kampf gegen die Tschecho-Slowaken und Ententetruppen auf Murman. Nach einem Befehl des Murmansker Sowjets ist die Annahme und Weiterbeförderung aller Telegramme ins Ausland eingestellt. 15 000 Personen, die beim Vormarsch der Ententetruppen an der Murmanbahn flüchteten, werden nach dem Gouvernement Woronesch evakuiert. Die Stärke der Serben auf dem Murman wird mit 3000 Mann angegeben. In Wologda wurde eine gegenrevolutionäre Verschwörung entdeckt. 40 Offiziere wurden verhaftet. Trotzki ist mit Extrazug in Petersburg eingetroffen.

Moskau, 8. August. (W. T. B.) Bei der Beschießung von Archangelsk durch die englischen Kriegsschiffe sind die russischen Batterien an der Sewernaja Dwina vernichtet worden.

Die Spaltung der Linkssozial-Revolutionäre

Moskau, 29. Juli. Verspätet. (P. T. A.) Die am 28. Juli stattgehabte Konferenz der Linken sozialrevolutionären Partei führte zu einer Teilung nach drei Richtungen. Die erste Richtung unter der Führung von Sachs verurteilt schroff die ganze Politik des früheren Zentralkomitees. Die andere — unter der Leitung des früheren Volkskommissars für Landwirtschaft Kolegajew — erklärte, daß sie vorläufig in der Partei der Linken Sozialrevolutionäre verbleibe, sich jedoch weiteste Aktionsfreiheit vorbehalte, sie hält in Zukunft alle terroristischen Aktionen der Partei, welchen Zweck sie auch haben mögen, für unzulässig. Die dritte Richtung mit Frau Bizenko an der Spitze, verteidigt völlig die Politik des früheren Zentralkomitees. Die Richtungen von Sachs und Kolegajew zusammen besitzen mehr Delegierte als diejenige von Frau Bizenko.

Moskau, 5. August. Amtlich wird bekanntgegeben, daß der Sozialrevolutionäre Alexandrow, der nach dem Attentat auf den Grafen Mirbach verhaftet wurde, in Moskau hingerichtet worden ist.

Eine rumänische Ententelegion. Wie die Pariser Zeitungen melden, wird General Iliescu, der ehmalige Oberbefehlshaber der rumänischen Armee, an der französischen Front das Kommando über eine transsylvanische Legion übernehmen.

Blick auf Reims.

Westfront, Ende Juli.

I.

Es war ein Sonntagmorgen. Und es war März. Und die Schlachten dieses Jahres hatten noch nicht begonnen. Um die Waldhügel von Fort Berru spielte die Frühlingssonne. Silbergraue Kätzchen tropften von den Bäumen. Lerchen kletterten in den Himmel. Zwischen den kleinen geplatzten Gasgranatenhülsen auf den Wiesen beiderseits des „Höllen-Weges" nickten weiße Osterblumen. Und drei Feldmäuse hüpften hungrig in dem gelben Sande, aus dem die Trümmer des Forts Nogent ragten.

Von diesen Hügeln, die den Kranz der Ostforts tragen, sahen wir zum ersten Male Reims zu unseren Füßen liegen — ein paar Kilometer vorwärts — in einer weiten Mulde, von Hügeln eingeschlossen, deren südliche hoch in den Reimser Bergwald steigen. Aber damals spielte der Reimser Bergwald noch keine Rolle in den deutschen Heeresberichten. Und auch das Vesle-Tal nicht, das sich grün — sumpfig — breit hinter den weißgrau verworfenen Trümmern der Forts von Pompelle nach Südosten zog.

Eine tote Stadt in der Frühlingssonne — zwischen Gräben und Kanonen — eine tote Großstadt von einst über 100 000 Einwohnern. Tausende von braun-grauen Häusern und Straßen — allen über die Schultern ragend eine Kathedrale mit stumpfen Türmen und aufgerissenem Rücken — an den Rändern hohe Schornsteine, rot, gelb, durchlöchert, abgeschnitten — und wieder Häuser und andere Kirchen, alte, neue — ein kunstvoll erforenes Meer von schäumendem Gestein. Aber ganz tot. Kein Schornstein raucht. Keine Kuh auf den Wiesen vorm Tor. Kein lebendes Wesen auf den Straßen der östlichen Vorstadt. Alles so nahe, daß man einen Mann sehen könnte, der jetzt in sonntäglich weißen Hemdärmeln über das Gleisdreieck von Klein-Betheny ginge. Aber nichts rührt sich in der braunen Riesenmulde. Die Morgensonne spiegelt sich in den Fenstern einer verlassenen Arbeiterkolonie. Und ein Rabe stößt mit schwarzem Flügelschlag über die nassen Wiesen in den Hof einer Zuckerfabrik — weit vor der Stadt.

Das war im März. Alle Fronten lagen gespannt. Und niemand wußte — aber jeder fragte, ob auch die alte Krönungsstadt mit in den Strudel gerissen würde, der bald begann.

II.

Mitte Juni. Ein Sommernachmittag. Die Angriffsschlachten in der Picardie und Flandern waren längst geschlagen — deutsche Truppen über Aisne und Vesle bis an die Marne vorgedrungen. Ihr linker Flügel hatte sich um Reims gedreht. Dabei waren alle Forts im Westen der Stadt gefallen. Württemberger lagen vor der Pierquin-Ferme, am Kanal bei Neuvillette, gegenüber der Turbinenanlage des städtischen Elektrizitätswerkes. Eine feste Klammer — nur nach Süden noch offen — griff um die schwerbedrohte Stadt.

Wir standen in den Weinbergen von Saint Thierry und sahen Reims zum zweiten Male — jetzt von Westen — vor uns liegen. Wir sahen es von den grünen Kuppen seines Forts, in dessen kühlen bombensicheren Kasematten vor ein paar Wochen noch französische Generäle kampiert hatten. Wir sahen es vom bröckelnden Holzturm eines kriegsbeschädigten Schlosses, dessen Zimmerwände beschmiert waren mit den schamlosen Ausgeburten einer geilen Phantasie. Die Stadt lag unter, vor und neben uns wie Heidelberg unter den Neckarwäldern. So nahe — ein Mann saß im Weinberg und zeichnete mit bloßem Auge jede Kirche, jedes Haus.

Aber es war noch dieselbe Totenstille wie im März. Ueber dem braunen Häusermeer ein sommerliches Flimmern. Die Kathedrale lag mit ihrem ausgebrannten Dach jetzt abgewandt — und wir sahen ihr von der Seite in das zerkratzte, narrarbte Antlitz, in diese figurenschwere Fassade mit der zertrümmerten Riesenrose, mit den mächtig emporstrebenden und doch so luftigen, in ihren Wunden so beseelten Türmen. Wir standen der Stadt nur noch viel näher als damals. Aber sie selber hatte sich nicht stören lassen in ihrem abweisenden Schlaf. Auch mit eingedrückter rechter Flanke lag sie spröde wie immer in der deutschen Umklammerung.

Von den Weinbergen, die die nördlichsten der auf dem sonnigen Osthang des kalkigen Reimser Bergwaldes liegenden berühmten Champagnerberge sind, konnten wir über die Nordstadt hinweg die Höhen von Berru sehen, an deren Füßen unsere Soldaten lagen, auf deren Waldkuppen wir im März gestanden hatten. Vor ihnen im Südwesten der Stadt wölbte sich der weiße Pommerythügel — mit seinen Gartenanlagen, seinen Weinkellereien, seinem Sportpark für die Sekt-Arbeiter. Da sonnten sich die verlassenen Badeanstalten unten an der Vesle, die halb versunkenen Kähne der Binnenschiffer in dem geräumigen Kanalhafen, ein großer runder Zirkus, der Zwillingsschornstein einer Seidenspinnerei. Alles seit vier Jahren verwachsen, verwühlt, verplündert. Nur die großen Sektlager hatten nicht geleert werden können. Trunkenheit und wüste Schlägereien zwangen das französische Stadtkommando zu immer schärferen Verboten. Trotz aller Abtransporte liegen wahrscheinlich noch heute Millionen von Flaschen in den weißen Kelleranlagen, die den Pommery-Hügel umsäumen.

Wieder sahen wir nichts Lebendiges in diesem Riesengrab von Steinen. Und doch hatte die Stadt der Jeanne d'Arc sich noch eben wütend gewehrt gegen jeden, der ihren Häusern zu nahe kam. Wir wußten, daß Negerbataillone die Kathedrale verteidigten, in deren offenen Hallen sie bei geraubtem Sekt nächtliche Gelage abhielten, daß Nivellette von Schwarzen wimmelte —, daß alle diesen toten Häuser nur Kulissen waren, die plötzlich Feuer spien. Eine unheimliche Stille brütete über der toten Stadt. Manchmal fiel ein Schuß von den Wiesen am Kanal herauf, durch die die neuen freien Linien zogen. Ein paar Gewehrschüsse und ein paar Fesselballons, die unbeweglich in dem blauen Himmel standen, das war das einzig Menschliche in der großen flimmernden Mulde an diesem Junitag.

III.

Dann kam der 18. Juli. Die deutschen Heere waren wieder in Bewegung geraten. Im Osten und Westen und Süden der Stadt. Wir standen auf dem Fort Lumont. Es war wieder ein Morgen. Wir sahen Reims zum dritten Male. Die Stadt war tot wie immer. Sie lag jetzt weiter ab als damals im Mai. Sie lag im Dunst des Morgens. Es war wenig zu erkennen. Aber das kümmerte uns nicht. Niemand achtete auf die Stadt, sondern jeder auf das dumpfe Rollen in den südlichen Bergen, auf den hochliegenden Brennzünder der Schrapnells, mit denen der Franzose sich anschoß. Denn dort unten bewegten sich die deutschen Truppen langsam durch die Wälder des Ardre-Baches gegen den Rücken von Reims.

Der Tag erwachte — die Luft erfüllte sich mit Jaulen und Brummen. Wir fuhren in den Marnebogen — über die Vesle — über die Ardre — auf die Wälder zu, in denen gekämpft ward. Aber je näher wir kamen, desto stiller ward es. Kein Vormarsch, sondern auf der ganzen Linie Halt. Kolonnen standen endlos auf der Straße. Batterien machten Halt. Deutsche Tanks mit Totenköpfen auf den Stirnen tappten schwerfällig uns entgegen, fuhren bis an ein Straßenkreuz und drehten mit komischer Grazie auf der Stelle nach Westen ab. Nach Westen? Jetzt kamen Last-Kraftwagen — auf einer anderen Straße — vier, sechs, zwölf. Auf ihnen standen dicht gedrängt Soldaten — feldmarschmäßig ausgerüstet. In einer dicken weißen Staubwolke ratterten sie vorüber. Auch sie bogen nach Westen ab. Und immer mehr Wagen und Menschen, Minenwerfer und Maschinengewehre. Alles drängte, polterte, schob sich auf vielen Straßen in derselben Richtung — alles nach Westen. Und alles hastig, fragend, unruhig. Plötzlich wußten wir, daß drüben zwischen Aisne und Marne die große Gegenoffensive der Franzosen begonnen hatte. Und an diesem Tage dachte niemand mehr an Reims.

Es war ein wilder Tag — dieser 18. Juli. Und es dunkelte schon stark, als wir durch die Ruinen von Pontavert wieder nordwärts fuhren. Diese zerfetzte Waldkuppe Brimont stand rechts in der späten Dämmerung. Dahinter lag noch immer die tote große Stadt — spröde — unbezwungen — schweigend — in der deutschen Umarmung.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

Maschinen ohne Schutzvorrichtung.

Der Kampf eines technischen Aufsichtsbeamten.

„Man hätte annehmen sollen, daß die schweren Menschenverluste und die tausend und abertausend Beschädigten des Krieges das Verantwortlichkeitsgefühl . . . wecken würden! Je schwerer die Verluste sind, um so wichtiger wird für jeden im Staat die Aufgabe, die Ueberlebenden zu schützen und für den schweren Daseinskampf der kommenden Zeiten kräftig zu machen und zu erhalten, eine Aufgabe, die durch keinerlei Bedenken und Rücksichten mehr erschwert werden darf. Es ist endlich an der Zeit, zu erkennen, worin der größte Reichtum eines Landes besteht, nämlich in der Volksgesundheit und Volkskraft."

Diese von ernstem sozialen Verständnis zeugenden Worte finden wir in dem „Bericht über die Tätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft im Jahre 1917". Sie werden ausgesprochen bei der Erörterung des auch von uns schon (5. Oktober 1917) kritisierten Vorgehens des Verbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften gegen den Verfasser des vorjährigen Berichts, der Oberingenieur Urban.

In seinen Schriften und Berichten läßt Urban, der Leiter des technischen Aufsichtsdienstes der Nahrungsmittel-Ind.-B.-G., das eifrigste Bemühen erkennen, auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Unfallverhütung zu erreichen, was irgend erreicht werden kann. Darum hat er sich mehrfach auch gegen den Verein Deutscher Maschinenbauanstalten gewandt und ihm zum Vorwurf gemacht, daß er nicht alles tue, um unfallverhütend zu wirken, daß vielmehr eine Reihe von Maschinenfabriken die erforderlichen Schutzvorrichtungen bei der Ablieferung bei ihnen bestellten Maschinen nicht mit stelle.

Herr Urban hoffte, daß der Verband der deutschen gewerblichen Berufsgenossenschaften die dankbare Aufgabe übernehmen würde, die Maschinenindustrie durch bindende Abmachungen zur Ablieferung ausreichend geschützter Maschinen und Apparate anzuhalten. Die Hoffnung ist enttäuscht worden. Anstatt hier zu helfen, hat sich der geschäftsführende Ausschuß dieses Verbandes im vergangenen Jahre beim Vorstand der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft über die Kritik Urbans in seinem vorjährigen Bericht beschwert. In seinem neuesten Bericht gibt Urban nun den Wortlaut des Beschlusses wieder, den der Vorstand seiner Berufsgenossenschaft daraufhin gefaßt hat. Er lautet:

„Der Vorstand nimmt Kenntnis von dem Schreiben des Verbandes deutscher Berufsgenossenschaften und muß zu seinem Erstaunen ersehen, daß die Ausführungen des Verbandes teilweise auf das persönliche Gebiet übergreifen. Der Vorstand ist mit der Tätigkeit des Herrn Oberingenieurs Urban in jeder Weise sowohl auf technischem als auch auf schriftstellerischem Gebiet zufrieden und wünscht, daß er in Zukunft in gleicher Weise in seinen Bestrebungen fortfährt.

Im übrigen liegt für den Vorstand keine Veranlassung vor, zu der Angelegenheit weiter Stellung zu nehmen, und er geht zur Tagesordnung über."

Eine glänzendere Rechtfertigung konnte Herrn Urban nicht zuteil werden. Und darum nimmt er auch zu dem ganz unglaublichen Vorgehen des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften nicht weiter Stellung. Aber er führt erfreulicherweise seinen Kampf um bessere Unfallverhütung entschieden fort.

Mit welchen Widerständen die Bestrebungen auf durchgreifende Unfallverhütung zu kämpfen haben, läßt auch sein neuester Bericht erkennen. Er klagt, daß im Kampfe für Unfallverhütung das Verhalten der Maschinenindustrie das schwerste Hindernis sei. Abhilfe sei nur möglich, wenn die Berufsgenossenschaft hier nachdrücklichst eingreife. Wohl würden die unfallverhütenden Bestrebungen der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft von einem Teil der Knetmaschinen herstellenden Industrien schon unterstützt und befolgt. Aber leider bilde ein derart verständnisvolles Verhalten die Ausnahme. Lebhafte Klage führt Urban darüber, daß sich immer noch ein großer Teil der für die Betriebe der Berufsgenossenschaft in Frage kommenden Maschinenfabriken den Forderungen nach Anbringung der notwendigen Schutzvorrichtungen an abzuliefernden Maschinen ablehnend verhalte. Immer wieder werde von der Maschinenindustrie an erster Stelle als Entschuldigungsgrund für die fehlende Lieferung des Schutzes die notwendige Sonderbezahlung geltend gemacht. Es werde also noch immer dem Unfug gehuldigt, Maschinen ohne Schutzvorrichtungen zur Ablieferung zu bringen, wenn diese nicht besonders verlangt und bezahlt würden. In diesem Verfahren liege eine Härte und Rücksichtslosigkeit gegen die Mitmenschen, denn auf diese Weise werde über gesunde blühende Menschen großes Unglück gebracht. Wörtlich sagt Urban:

Die Erfolge der Unfallverhütung werden leichter dadurch gemindert, daß der seinen Betrieb bei der Berufsgenossenschaft neu anmeldende Betriebsunternehmer bei Bestellung seiner Maschinen in den meisten Fällen keine Kenntnis von den Unfallverhütungsvorschriften der für ihn in Frage kommenden Berufsgenossenschaft besitzt; **der besser unterrichtete Maschinenfabrikant es aber häufig unterläßt, bei der Lieferung und Aufstellung von Maschinen den notwendigen und vorgeschriebenen Schutz anzubringen.** Die Folge dieses unverantwortlichen Verhaltens mancher Maschinenhersteller ist das Vorkommen zahlreicher, jugendlichen Arbeitern zugestoßener Unfälle, die sich bei Vorhandensein der Schutzvorrichtungen hätten vermeiden lassen."

Urban meint, daß der Gesetzgeber sich nicht länger der Notwendigkeit verschließen könne, den Maschinenfabrikanten zur Mitlieferung der notwendigen und vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen zu verpflichten. Solange der Gesetzgeber nicht helfe, müsse die Berufsgenossenschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf die Maschinenindustrie einwirken, damit sie die berechtigten Anforderungen erfülle. Die Berufsgenossenschaft sollte dabei von den Krankenkassenverwaltungen, die doch auch an der Unfallverhütung interessiert seien, kräftige Unterstützung finden.

Einer der im Bericht erwähnten schweren Unfälle verdient besondere Hervorhebung, weil er Zeugnis davon ablegt, in welcher überaus leichtsinnigen Weise vielfach bei Bedienung ungeschützter Maschinen verfahren wird: „Ein Kaffeesurrogat-Betriebsunternehmer benutzte zur Herstellung seiner Erzeugnisse eine alte stillgelegte Ziegelei mit deren alten Maschinen. Bei Bedienung einer Zerkleinerungsmühle brachte der Betriebsinhaber den ungeschützten Zahnrädern der Maschine seinen rechten Arm zu nahe, der abgerissen wurde. Anstatt nun sofort für ausreichende Verkleidung der Zahnräder Sorge zu tragen, betrieb der Unternehmer die Maschine im alten, ungeschützten Zustande weiter, und ließ diese durch einen 14jährigen Arbeiter solange bedienen, bis dieser ebenfalls in denselben Zahnrädern seine rechte Hand mit Unterarm verlor!"

Nicht nur gegen die Arbeitgeber findet Urban scharfe Worte, er erinnert auch die Arbeitnehmer an die peinlichst genaue Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften. Hierin müßten die älteren Arbeiter den Jugendlichen mit gutem Beispiel vorangehen und sie dürften es an steten Ermahnungen nicht fehlen lassen. Wir wollen nicht verfehlen, diesen Rat mit allem Nachdruck und mit allem Ernst auch unsererseits auszusprechen.

Auf einige Einzelheiten des Berichts gedenken wir noch zurückzukommen. Den Ernst, das tiefe Verantwortungsgefühl gegenüber den Schutzbefohlenen, das ihn durchzieht, möchten wir schon heute rühmend anerkennen, mag man es auch wieder — wie schon einmal in den Verhandlungen des Verbandes der Berufsgenossenschaften — dem Verfasser als Belastung anrechnen, daß er von uns gelobt wird.

Das kann uns nicht abhalten, zu sagen, was zu sagen ist. Wir wünschten nur, daß wir uns über alle Maßnahmen aller Berufsgenossenschaften in gleicher Weise äußern könnten. Leider aber wird nicht überall die unfallverhütende Tätigkeit der Berufsgenossenschaften so aufgefaßt, wie es bei der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft der Fall ist. Und leider verfügen die Berufsgenossenschaften auch nicht sämtlich über solche Kräfte, wie diese Berufsgenossenschaft. Wäre beides der Fall, dann würden Volksgesundheit und Volkskraft besser geschützt sein!

Groß-Berlin

Das Jugend-Waldfest.

Die Stadtbahnzüge sind zum Ersticken überfüllt. Eine böse Wolke menschlicher Ausdünstung hängt in den Abteilen, nur wer am Fenster steht, kann etwas frische Luft schnappen. Wir fahren zum Waldfest des Vereins „Arbeiterjugend", und die Aussicht einige freie Stunden inmitten der Natur genießen, läßt uns das Ungemach leicht verwinden.

Sadowa. Vor dem Bahnhof steht ein Trupp von jungen Freunden, uns Nachzügler abzuholen; denn die meisten sind schon in der Frühe herausgewandert. Ein halbes Stündlein geht es durch grünen Forst, dann sind wir bei den großen Wiesen hinter dem Wirtshaus Sanssouci angelangt. Da geht es schon lustig zu. Gruppen liegen im Grase und begnügen sich damit, in den blauen Himmel zu träumen, Bälle fliegen, und aus dem Schatten der Bäume zirpen die Mandolinen. Blauer Rauch wirbelt durch den Sonnenschein, da wird abgekocht. Wohin man sieht, Lachen, Spiel, Fröhlichkeit.

Gegen Nachmittag lagert sich die Jugend in einem Halbkreis, die Musikinstrumente haben sich einträchtig zusammengetan, spielen auf und alles singt.

Nach einem Prolog nimmt Genosse Dominck das Wort. Er spricht nur kurze Zeit, aber was er sagt von dem Aufstieg der Menschheit, von der Tragik des Krieges, von der Erlöseraufgabe des Sozialismus — das fällt wie guter Samen in die Herzen und die ernsten und leuchtenden Augen zeigen dem Redner, daß er verstanden wird.

Zwei junge Genossinnen singen Lieder zur Laute. Innig und verträumt tönen die Weisen; zu fröhlichem Mut mahnt das Lied:

„Habt Sonne im Herzen!"

Dann wird wieder vorgetragen. Detlev v. Liliencron, Preczang und zuletzt das Gedicht vom jungen Heiner, der irgendwo begraben liegt, und dessen Wahlspruch doch in uns allen weiterlebt: Wir werden es schon zwingen!

Ein allgemeines Lied zum Schluß und der Kreis löst sich auf zu Reigentänzen und Barlaufspielen. So geht ein schöner Sommertag, unbeschwert von drückender Alltagsarbeit, nur zu schnell zu Ende, genossen in reiner Freude, in edler Geselligkeit.

Den vielen jungen Kameraden aber in den Werkstätten und Kontoren, die sich uns nahe fühlen in der Sehnsucht nach Bildung und Freude, wünschen wir, daß sie den Tag zu uns finden mögen!

Die Berliner Fleischration.

Ueber die Bestrebungen, den Berlinern die bisherige Fleischration zu belassen, schreibt die „Deutsche Tageszeitung":

„Die amtliche Auslassung der Münchener „Korrespondenz Hoffmann" gegen die Bevorzugung von Berlin kann erst voll verstanden werden, wenn man die früheren Vorgänge kennt. Es hat nicht allein in der Presse gestanden, daß Berlin auch dann noch 250 Gramm Fleisch wöchentlich wird verabreichen können, wenn für das Reich die Wochenhöchstmenge an Fleisch auf 200 Gramm festgesetzt sein wird, sondern es ist sogar vom „Berliner Lokalanzeiger" die Nachricht verbreitet worden, daß für Groß-Berlin die fleischlosen Wochen voraussichtlich in Fortfall kommen würden. Diese Nachricht wurde aber nicht weitergegeben, weil sie vom Berliner Magistrat als eine Indiskretion bezeichnet wurde. Damit wurde also keineswegs gesagt, daß nicht in der Tat Verhandlungen seitens der zuständigen Stellen von Groß-Berlin mit den in Frage kommenden Reichsstellen angeknüpft worden seien, und daß die Indiskretion des „Lokalanzeigers" nur „sehr unangenehm" war. Nachdem sich nun aber Bayern gegen eine Herausnahme der Stadt Berlin aus dem allgemeinen Versorgungsplan gewehrt hat, liegt wohl keine Veranlassung mehr vor, die Groß-Berliner Bestrebungen im Hinblick auf die bekannte sozialdemokratische Forderung von der „gleichen und gerechten" Verteilung etwas näher zu beleuchten. Zu diesem Zwecke geben wir der von dem bekannten Volkswirtschaftler Dr. med. Schiele herausgegebenen „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz" das Wort, die dazu bemerkt:

Ueber Berlin steht das Reich. Es ist weder sittlich, noch rechtlich, noch politisch zu verantworten, daß eine einzelne Kommune in dieser Weise bevorzugt wird. Sämtliche Städte haben das Recht, Aufklärung über diese im Dunkeln versuchte Fischerei nach Sondervorteilen zu verlangen. Sie haben ferner das Recht, zu erfahren, wer diejenigen Regierungsstellen sind, die sich zu derartigen, jeder gesetzlichen Rechtfertigungsmöglichkeit entbehrenden Verhandlungen hergeben. Und sie haben endlich ein lebhaftes und begründetes Interesse daran, zu erfahren, wer diejenigen Stellen der Berliner Stadtverwaltung sind, die den unter durchaus gleichen Verhältnissen leidenden anderen Kommunen gegenüber eine so merkwürdige Auffassung loyaler Kollegialität bekunden. Wo bleibt das Ideal der gleichen und gerechten Verteilung, wenn diese sich in Sonderbelieferungen auflöst? Zur Zeit der französischen Revolution mußte schließlich das ganze Land hungern, um Paris bei Laune zu erhalten."

Soweit die „Deutsche Tageszeitung". In der Theorie hören sich derartige Ausführungen sehr gut an, in der Praxis sieht leider die Geschichte etwas anders aus.

Auch in behördlichen Kreisen erkennt man doch immer mehr an, daß es nicht gelungen ist, die auf dem Lande produzierten Lebensmittel restlos zu erfassen und sie dann zu gleichen Teilen den Verbrauchern zuzuführen. Offen wird zugegeben, daß die rationierten Waren nur ein Existenzminimum sind, von dem eigentlich niemand recht leben kann. Es bleibt also weiter nichts übrig, als sich einen Teil der fehlenden Lebensmittel vom Lande zu beschaffen und die Städte sind auch auf diesem Gebiete nicht lässig gewesen. Betrachtet man jedoch die rationierten Lebensmittel nur als einen unzureichenden Teil der benötigten Lebensmittel, so bekommt die Sache schon eine ganz andere Bedeutung. Für den Klein- oder Mittelstädter ist es schon durch die geringe Zahl der in Betracht kommenden Personen viel leichter, aus der Umgebung sich die fehlenden Mengen zu beschaffen, als dem Groß-Berliner. Diesen 3½ Millionen Einwohnern wird es infolge der großen Zahl sehr viel schwerer resp. unmöglich sein, sich die noch benötigten Mengen zu beschaffen. Es ist daher durchaus begreiflich, wenn die Gemeindeverwaltungen von Groß-Berlin diese Lücke ausfüllen und sich gemeinsam dieser Aufgabe widmen wollen.

Unbegreiflich ist und bleibt, daß der Protest gegen diese Bestrebungen aber gerade aus Bayern kommt, aus dem Lande, wo man noch fast so wie im Frieden lebt. Da wir annehmen, daß die bayerischen Minister nicht wissen wie es hier aussieht, denn sonst hätten sie ja kaum mit gutem Gewissen ihren Protest loslassen können, so möchten wir empfehlen, daß das bayerische Ministerium und die Groß-Berliner Kommunalverwaltungen ein Abkommen treffen, wonach größere Teile der Bürgerschaft gegenseitig auf bestimmte Zeit ausgetauscht werden. Wir glauben kaum, daß die bayerischen Bürger längere Zeit hierbleiben und damit am besten die Haltlosigkeit des bayerischen Protestes dokumentieren werden.

Neue Preise für Zwiebeln und Gurken.

Der Magistrat veröffentlicht heute neue Groß- und Kleinhandelshöchstpreise für Gemüse, und zwar betragen danach die Großhandelshöchstpreise für Zwiebeln 24 Pf. und die Kleinhandelshöchstpreise 32 Pf., die Großhandelshöchstpreise für Gurken 21 Pf. und die Kleinhandelshöchstpreise 30 Pf. je Pfund. Die Großhandelshöchstpreise treten sofort und die Kleinhandelshöchstpreise am 8. August in Kraft.

„Nicht bedürftig".

Ein in Neukölln wohnender Arbeiter, der als Vaterlandsverteidiger sich in Rußlands Eisfeldern ein schweres Nierenleiden zuzog und nach halbjähriger Lazarettzeit als Kriegsbeschädigter mit fünfzigprozentiger Rente ausschied, erzählt uns, welche Erfahrungen er jetzt mit der Kriegsbeschädigtenfürsorge gemacht hat. In den seit seiner Entlassung aus dem Heeresdienst verflossenen anderthalb Jahren ist er einer Erwerbstätigkeit nachgegangen, sein Leiden nötigte ihn aber, viermal je 5—6 Wochen die Arbeit auszusetzen, so daß sein Lohneinkommen sehr fühlbar geschmälert wurde. An die Kriegsbeschädigtenfürsorge wandte er sich, nicht um eine bare Unterstützung zu erlangen, sondern weil er meinte, daß sie ihm einen dringend nötigen Anzug, den er aus eigener Tasche bezahlen wollte, zu einem für ihn erschwinglichen Preis und auf Abzahlung verschaffen könnte. Da er sein Einkommen schon für die Ernährung ziemlich ganz drangibt, so hat er für seine Kleidung seit langem nichts getan, hat sich mit einem einzigen als Arbeits-, Wochentags- und Sonntagskleidung dienenden und mehrfach geflickten Anzug sowie mit einem Paar kaum noch ausbesserungsfähiger Stiefel beholfen und ist jetzt vollständig abgerissen. Ein Kollege schenkte ihm kürzlich noch einen alten Arbeitsanzug, weil aber die Anschaffung besserer Kleidung sich nicht länger hinausschieben läßt, bat der Kriegsbeschädigte die Fürsorgestelle, ihm dazu zu verhelfen, daß man irgendwo ihm einen Anzug auf Abzahlung gäbe. Ein Angestellter der Fürsorgestelle fragte ihn nach seinem Einkommen und erteilte ihm dann den Bescheid, daß für ihn nichts getan werden könne, weil er nicht bedürftig sei. Unser Kriegsbeschädigter wurde belehrt, daß er, der noch ledig ist (der aber, nebenbei bemerkt, bei fremden Leuten wohnt), nicht über 1500 Mark Jahreseinkommen haben dürfe, wenn die Fürsorgestelle ihm bei der Kleiderbeschaffung helfen solle. Ein so geringes Einkommen hat dieser Kriegsbeschädigte nun allerdings nicht, doch möchte er wissen, wie man sich eigentlich die Lebenshaltung der Leute denkt, die der Fürsorgestelle geeignet für ihre Hilfstätigkeit scheinen. Wir können ihm nur darin beistimmen, daß in der jetzigen Zeit mit ihren ins Maßlose gestiegenen Preisen, alles dessen, was einer zum Leben braucht, es nicht länger möglich ist, die Grenze der „Bedürftigkeit" so niedrig anzunehmen.

Verbandstag der Grundbesitzervereine.

Der 39. Verbandstag des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands e. V. beginnt Freitag, den 9. d. M. in Dresden mit Vorstandssitzungen. Am Sonntag wird Geh. Reg.-Rat Dr. Voigt, ordentlicher Professor an der Universität Frankfurt a. M., über Baukosten und Wohnungspolitik einen Vortrag halten. Hieran anschließend wird über die Vereinfachung und Verbilligung des Bauens berichtet und beraten werden. Der Abg. Prof. Dr. Bredt wird über: „Verwaltungsrechtliche Aufgaben auf dem Gebiete des Wohnungswesens sprechen, ferner Justizrat Dr. Baumert-Spandau über Kleinsiedlungswesen und Kleinwohnungsbau und Geh. Justizrat Prof. Dr. Ortmann-Göttingen über den Gesetzentwurf über das Erbbaurecht. Ueber den Grundkredit in der Uebergangswirtschaft mit besonderer Berücksichtigung des gesetzlichen Schutzes der Hypothekenschuldner wird der Generalsekretär Dieste einen Vortrag halten und über Miete und Mietpreisbildung der Gemeindebevollmächtigte Humar-München.

Der Wohnungsausschuß der Angestelltenverbände hat in seiner Sitzung vom 1. August die nachstehende Entschließung angenommen: „Der Wohnungsausschuß der Angestelltenverbände hat sich in seiner Sitzung am 1. August 1918 mit den Presseangriffen gegen die Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten und deren Leiter, Herrn Geheimen Regierungsrat Kosla, beschäftigt. Nach Klarlegung aller Verhältnisse wurde beschlossen, von der Mietung der vier Wohnungen (nicht wie in der Presse behauptet war, von 19 Wohnungen) in der Ahornstraße 19

in Steglitz Abstand zu nehmen. Der Ausschuß stellt fest, daß die behaupteten Massenanmietungen, insbesondere von kleinen Mietern, niemals beabsichtigt war. Der Ausschuß hat ferner zweifelsfrei festgestellt, daß ein persönliches Interesse des Herrn Geheimen Regierungsrats Kosla in keiner Weise vorlag und die beabsichtigte Mietung der Räume nur im vorsorglichem Interesse geplant war. Der Ausschuß hat Herrn Geheimen Regierungsrat Kosla auf Grund der ihm vorliegenden Tatsachen, insbesondere seiner Bereitwilligkeitserklärung, eine Einigung des Eigentümers mit den bisherigen Mietern über eine Fortsetzung des Mietsverhältnisses zu angemessenen Bedingungen herbeizuführen, erneut sein Vertrauen ausgesprochen."

„Kain". So heißt der Riesenfilm, der am Sonntag mittag in den Lichtspielen „Neue Philharmonie", Cöpenicker Str. 96/97, vor geladenen Gästen zur Aufführung kam. Wie schon der Titel besagt, wird der Besucher bei dieser Vorführung an den von der Bibel überlieferten Kain, der seinen Bruder Abel erschlug, erinnert. Nur daß dieser Kain im Film außer seinem Bruder auch noch seinen Sohn „erschlägt" — ohne es jedoch zu wollen und noch weit weniger zu ahnen, daß seine rächende Hand sich gegen Blutsverwandte richtet. Diese „Menschheitstragödie" spielt sich in spannenden Bildern mit sentimentalem Einschlag vor den Augen des Besuchers ab.

Die Raucherfallen.

In geradezu erschreckender Weise häufen sich jetzt die Termine gegen die Raucherstrafbefehle der Berliner Einwohner bei den Potsdamer Gerichten. Ahnungslos verläßt der Berliner Ausflügler im Sommer mit brennender Zigarre die Dampfer und Eisenbahnstationen Nikolassee, Wannsee, Wildpark u. a. m. Sofort beim Verlassen der Beförderungsstationen stehen Gendarme und schreiben die Rauchberliner unbarmherzig auf, da Bahnhof und Dampferstationen gewöhnlich nicht 30 Meter vom Waldesrande entfernt liegen. Strafbefehle nicht unter 50 M. flattern nach einer Woche ins Haus und Einsprüche verursachen durch die Ladung des Gendarmen und der Reise nach Potsdam noch mehr Kosten. Von den Gerichten geht jetzt die Anregung heraus, sofort Rauchwarnungstafeln auf den in Frage kommenden Bahnhöfen und Dampferstationen aufzustellen.

Explosion in der Konsumgenossenschaft. Im Verwaltungsgebäude der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend in Lichtenberg, Rittergutstr. 17/18 explodierte gestern morgen nach ½10 Uhr der im Verwaltungsgebäude aufgestellte Kessel zur Warmwasserbereitung. Das Unglück erfolgte infolge Ueberhitzung des Kessels, die dadurch hervorgerufen wurde, daß der automatische Regler versagte. Neben nicht unbedeutendem Materialschaden ist leider auch der Tod von zwei Angestellten zu beklagen. Tödlich verunglückt ist der Schlosser Otto Erdmann, Neue Schönhauser Str. 13 und die Kantinenfrau Franziska Radoll, Pettenkoferstraße 25. Verletzt ist der Kontorbote Bernhard Klein, Ebertystr. 26.

Lichtenberg. Lebensmittel. In dieser Woche werden verabfolgt: Ohne Abtrennung von Marken: Frisches inländisches und ausländisches Gemüse und Obst. Gegen Voranmeldung auf Abschnitt 43 der gemeinsamen Lebensmittelkarte: 200 Gramm lose Suppen (37 Pf.), auf Abschnitt 44: 100 Gramm lose Suppen (19 Pf.), auf Abschnitt 45: 200 Gramm Graupen (15 Pf.), auf Abschnitt 46: 100 Gramm Graupen (8 Pf.), auf Abschnitt 54: 200 Gramm Kunsthonig (37 Pf.) ausgewogen oder in Paketen (38 Pf.). Auf Abschnitt 17 J der Lebensmittelkarte für Jugendliche: 150 Gramm Weizengrieß (10 Pf.). Die Abschnitte 43 J, 44 J, 45 J, 46 J, 54 J dürfen zurzeit nicht beliefert werden.

In den städtischen Fischhallen und bei den hiesigen Fischhändlern und Räucherwarengeschäften werden abgegeben: Auf Abschnitt 251 E, J, G, K der Lichtenberger Lebensmittelkarte: Frische Fluß- und Seefische. Auf Abschnitt 252 E, J, G, K: ½ Pfund Räucherwaren. Auf Abschnitt 244 E, J, G, K: Eine Dose Sardinen.

Britz. Lebensmittel. In der Woche vom 5. bis 11. August gelangen in der Verkaufsstelle der Gemeinde zur Abgabe: auf Berliner Lebensmittelkarte, Abschnitt 47: 200 Gramm lose Suppen, auf Abschnitte 47c, 55 und 56 zusammen: 475 Gramm Auslandsmarmelade je Person; auf die Britzer Lebensmittelkarte, Abschnitt 3: 3 Maggisuppen (Tafeln) für Haushalte bis 4 Personen, 5 Maggisuppen für Haushalte über 4 Personen, Abschnitt 4: 10 Bouillonwürfel je Haushalt, Abschnitt 5: Sonderzuteilung. Außerdem gelangen zur Abgabe: gemischte Pilze, Lorbeerblätter, Klippfische, Fleischextrakt usw.

Mariendorf. Lebensmittel. Die Gemeinde verkauft auf die roten bezw. gelben Gemeinde-Lebensmittelkarten 195 Gramm Weichkäse zum Preise von 42 Pf. Der Verkauf findet im Laufe der Woche bis zum 8. d. M. statt. Die amtliche Bekanntmachung ist zu beachten; der Verkauf geschieht nach Nummern in den drei Gemeindeläden. Auf die Abschnitte 43—45 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte entfallen 200 Gramm lose Suppen zum Preise von 36½ Pf. oder 4 Suppenwürfel a 10 Pf.; 100 Gramm Teigwaren zum Preise von 16½ Pf. und 100 Gramm Graupen für 7½ Pf. Die Lebensmittelkarten sind zur Abtrennung der Abschnitte spätestens bis Freitag, den 9. d. M., bei einem beliebigen Händler vorzulegen. Nachanmeldungen finden nicht statt. Der Verkauf beginnt am 15. bezw. 16., nachmittags 4 Uhr. Für die bis zum 24. August nicht eingelösten Abschnitte erlischt das Bezugsrecht.

— **Zur Versorgung mit Reichskleidung** macht der Gemeindevorsteher bekannt: Personen, die die Ausstellung von Kaufberechtigungsscheinen zum Bezug von Waren der Reichsbekleidungsstelle im Zimmer 14 des Polizeidienstgebäudes beantragen, sind häufig nicht im Besitz eines von der zuständigen Bezugscheinausgabestelle abgestempelten Bezugscheines. Zur Vermeidung unnötiger Wege ist zuerst der Bezugschein zu besorgen; ohne diesen kann kein Kaufberechtigungsschein ausgestellt werden. Wird die Ausstellung eines Bezugscheines nach den Bestimmungen der Reichsbekleidungsstelle abgelehnt, so besteht natürlich auch kein Anspruch auf Ausfertigung eines Kaufberechtigungsscheines.

Freiwillige vor!

Landwirtschaft, Eisenbahn, Forstwirtschaft und alle kriegswichtigen Betriebe müssen arbeitsfähig erhalten bleiben. Die große Armee der Heimarbeiter benötigt Arbeitskleidung. Gebt Eure entbehrlichen Anzüge ab!

Reinickendorf. Lebensmittel. Wie bereits bekannt gegeben wurde, entfallen auf jedes ausgefallene Pfund Kartoffeln der Abschnitte Nr. 20 je 100 Gramm Hülsenfrüchte. Die Belieferung kann noch bis zum 6. August bewirkt werden.

Aus aller Welt.

Schweres Straßenbahnunglück.

4 Tote und 21 Verletzte.

Beuthen, 5. August. Eisenbahnamtlich wird gemeldet: Gestern nachmittag 4½ Uhr entgleiste an der Kurve Rudahammer der von Hindenburg nach Beuthen fahrende Kleinbahnzug Nr. 87, bestehend aus einem Motor- und einem Anhängerwagen. Der Motorwagen legte sich schräg auf die Seite, der Anhängerwagen kippte vollständig um und wurde hierbei gegen einen starken Chausseebaum geschleudert. Durch den Anprall gegen den Baum wurden zwei Personen tödlich und drei weitere Personen schwer verletzt. Die Zahl der weniger schwer Verletzten und der Leichtverletzten beläuft sich auf etwa 20 Personen. Nach dem Unfall wurden die Verletzten in das Knappschaftslazarett Rudahammer gebracht, woselbst ihnen die erste ärztliche Hilfe zuteil wurde. Von den drei Schwerverletzten sind noch weitere zwei Personen an den Folgen der Verletzungen nach anderthalb Stunden gestorben. Die Strecke hat an der genannten Stelle eine starke Senkung. Der Zug hätte an der vor der Kurve befindlichen Haltestelle halten müssen; es gelang der Wagenführerin jedoch nicht, ihn zum Stehen zu bringen, und er fuhr mit ziemlicher Geschwindigkeit in die Krümmung, auf der sich dann das Unglück ereignete. Nach Angabe der Wagenführerin soll kurz vorher die Luftbremse schadhaft geworden sein, so daß sie in dem starken Gefälle die Gewalt über den Zug verlor. Inwieweit diese Angaben der Führerin zutreffen, läßt sich erst nach Abschluß der sofort eingeleiteten Untersuchung beurteilen. Der Betrieb auf dieser Strecke braucht nicht unterbrochen zu werden.

Ein Tunnelprojekt England-Irland.

Den „British News" wird aus London gemeldet: Der Kanaltunnelbau ist nicht der einzige große Plan, der jetzt im Kriege wieder in den Vordergrund getreten ist. Auch der alte Plan eines Tunnelbaues zwischen England und Irland ist während der letzten Tage wiederum zur Sprache gekommen. Einer der Unterhausabgeordneten für Liverpool ist über diese Frage mit dem Ministerpräsidenten in einen Briefwechsel getreten. Er drängt zur Ausführung des Planes als eine politische Maßregel und sagt, daß der Tunnel, der den Verkehr zwischen Irland und England in hohem Maße erstarken lasse, mehr für die Lösung der irischen Frage bedeuten werde, als eine gesetzliche Regelung. Lloyd George hat versprochen, seine volle Aufmerksamkeit dieser Frage widmen zu wollen.

Entvölkerung Petersburgs.

Petrograd, 5. August. (P. T.-A.) Die Volkszählung ist beendet. Die Einwohnerzahl Petrograds beträgt laut dieser Zählung gegenwärtig **1 417 000** Menschen, das heißt **1 Million** weniger **als vor anderthalb Jahren.** Diese Verminderung ist teils durch die Flucht der Bourgeoisie nach Sibirien und nach dem Süden, teils durch die Ueberführung eines bedeutenden Teils der Kriegsindustrie und anderer Gewerbeunternehmen aus Petrograd nach der Provinz bedingt sowie durch die Fortzüge aus Petrograd infolge der Nahrungskrise. Am 1. Juli waren in Petrograd fast 150 000 Arbeitslose, was zusammen mit ihren Familienmitgliedern 20 Proz. der Bevölkerung ausmacht.

Der erste Prozeß über Gasstrafgelder ist vom Amtsgericht Heide zuungunsten der beklagten Stadtverwaltung entschieden worden. Einer der Gasabnehmer, der Strafgelder zu entrichten hatte, verklagte die Stadtverwaltung auf Rückzahlung des Betrages. Das Amtsgericht vertrat die Anschauung, daß die Festsetzung und Beitreibung eines Strafgeldes nur dann zu Recht hätte erfolgen können, wenn den Abnehmern der Verbrauch im Jahre 1916, nachdem die Einschränkung um 20 Proz. vorgeschrieben war, mitgeteilt worden wäre, da nur so die Abnehmer überhaupt in der Lage gewesen seien, den zulässigen Verbrauch festzustellen. Da diese Mitteilung nicht erfolgt ist, durfte ein Strafgeld nicht erhoben werden. Die Stadt wurde daraufhin zur Rückzahlung des erhobenen Strafgeldes verurteilt.

Briefkasten der Redaktion.

Dirschau 2059. Wenn für die Söhne sechs Jahre aktive Dienstzeit nachzuweisen ist und einer noch aktiv dient, wird Aufwandsentschädigung gezahlt. Antrag ist bei der unteren Verwaltungsbehörde zu stellen. — **Flag. 100.** Wenn wegen dienstlicher Behinderung der Urlaub abgelehnt wurde, so wird eine Beschwerde zwecklos sein. — **Bamlitz 111.** Da erst am 21. September sechs Jahre aktive Dienstzeit nachweisbar sind, kann die Mutter erst dann Antrag auf Aufwandentschädigung stellen. Der Antrag ist bei dem Gemeindevorsteher zu stellen. — **B. R. 87.** Die Familienunterstützungen sind nicht steuerpflichtig. — **O. S. 47. B.** An die Kirchengemeinde muß eine Austrittsgebühr gezahlt werden.

Wasserstandsnachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde,
mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am		3. cm	4. cm	Wasserstand am		3. cm	4. cm
Memel	Tilsit	200	250	Saale	Grochlitz	47	46
Pregel	Insterburg	39	38	Havel	Spandau	52	51
Weichsel	Thorn	4	8	"	Rathenow	—8	—9
Oder	Ratibor	203	189	Spree	Spremberg	66	—
"	Krossen	64	—	"	Beeskow	104	—
"	Frankfurt	68	60	Weser	Münden	121	—
Warthe	Schrimm	—10	—	"	Minden	178	176
"	Landsberg	—22	—23	Rhein	Maximiliansau	420	—
Netze	Vordamm	—42	—40	"	Caub	200	—
Elbe	Leitmeritz	—60	—	"	Cöln	185	178
"	Dresden	—192	—187	Neckar	Heilbronn	98	—
"	Barby	—21	—22	Main	Hanau	98	—
"	Magdeburg	28	26	Mosel	Trier	12	—

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Mäßig warm, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, an den meisten Orten leichte Regenfälle, an einzelnen Gewitter.

Deutsches Theater. Allabendlich 8 Uhr: Max Pallenberg in Der fesche Rudi.
Kammerspiele. Allabendlich 7½ Uhr: Die Tänzerin.
Volksbühne, Th. a. Bülowpl. Allabendlich 7½ Uhr: Sommernachtstraum.

Theater des Westens Allabendlich 7½ Uhr: **Die Tänzerin.**

Theater i. d. Königgrätzerstr. Dir. C. Meinhard — R. Bernauer. 8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Komödienhaus 8 Uhr: Die Zarin.

Berliner Theater 7½ U.: Blitzblaues Blut.

Theater der Friedrichstadt, Ecke Friedrich- u. Linienstr. 7½ Norden 8659. 7½ **Der goldene Spiegel** v. Möllendorff, Alice Tornig, Rich. Georg. Sonnt. 3½, kl. Pr.: Jugend.

Rose-Theater. 7½ U.: Die Prinzessin vom Nil. Gartenb.: Bitte recht freundlich.

Apollo- Friedrichstr. 218 Dir.: James Klein. 7½, Sonnt. 3½ u. 7½. **Todesrennen in der Luft** sow. weitere Sensat. Vorverkauf an der Theaterk. 10—6 Uhr. Sonnt. 3½ Uhr jeder Erwachs. 1 Kind frei!

Theater für Dienstag, 6. August.

Central-Theater 7½ Uhr: Die Csardasfürstin.
Deutsches Opernhaus 7½ U.: Die Fledermaus
Friedrich-Wilhelmst. Theater 7½ Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Kleines Theater 8 Uhr: Aristid und seine Fehler mit Bassermann.
Komische Oper 7½ U.: Schwarzwaldmädel.
Metropol-Theater 7½ Uhr: Die Rose von Stambul.
Lustspielhaus 7½ Uhr: Die spanische Fliege
Neues Operettenhaus 7½ Uhr: Das süße Mädel.
Residenz-Theater 7½ Uhr: Flimmer-Klärchen.
Schiller-Th. Charl. 7½ Uhr: Alt-Heidelberg.
Thalia-Theater 7½ Uhr: Unter der blühenden Linde
Theater am Nollendorfplatz 7½ Uhr: Der alte Dessauer

Wintergarten Alice Hechy, Rolf Brunner, Gesangs- und Tanz-Duett sowie der glänzende Varieté-Eröffnungs-Spielplan!

Admiralspalast. Die Prinzessin von Tragant. Saldch. Deutsche Tänze. Kühler Aufenthalt. 7½ Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

Der „Hias" Tägl. 7½ U. abends. Morg. Mittw. nachm. 3½ Uhr: Familien- und Schülervorst. z. kl. Pr. **Walhalla-Theater,** Weinbergsweg

Kaffee Zielka (Equitable) Konzert. Kabarett. 7 Anfang 7. Walter Steiner, Marga Scholz, ? Carter ?, Spire-Horwitz-Duett, Negro, Else Elsbeth, Harry Morton trinkt 100 Gl. Bier in 3 Min. 500 „ „ „ 25 „ 2000 „ „ „ 100 „ Rosendiele — 50 Billards

National-Theater ¾8: Mäuschen.

Palast mit dem Schwank Tägl. 7¼, Sonnt. 3½ u. 7½. Großer Lacherfolg! Gesamt-Gastspiel des Herrnfeld-Theaters **Die Kriegsgewinnler.** Hauptroll.: Dir. A. Herrnfeld, Ferd. Grünecker.

Berliner Prater-Theater Kastanienallee 7—9. Täglich 8 Uhr in vollständig neuer Bearbeitung: **Im Weltentaumeter.** Große Possen-Revue in 3 Bildern. Dazu die großart. Spezialitäten

Trianon-Theater Gbt. Friedrichstr. Zer. 4927, 9301. 8 U. Zum 240. Male: **Der Lebensschüler,** Komödie von Ludwig Fulda. Sonnab. nachm. ¼4 U. kl. Pr.: Schneewittchen. Sonntag 4 Uhr: Johannisfeuer.

Reichshallen-Theater, Allabendlich 7½ Uhr: **Stettiner Sänger**

Waldparzellen nahe Bahnh. Basdorf, 200 M. Anzahl. Reinickendorfer Bahn 35 Pf. Fahrt. R. Hülsen, Steglitz, Treitschkestr. 15a.

Sarrasani Zirkus-Busch-Gebäude. Tägl. 7½, Mittw., Sonnbd. u. Sonntag 3 u. 7½ Uhr: Das gewaltige Massen-Manege-Schaustück „Torpedo — los!" Morgen, Mittwoch, 3 Uhr Ferien-Sondervorstellung. Erwachsene und Kinder halbe Preise.

Cigaretten 1000 I F 88 M. 1000 I F 130 „ o. M. 1000 I F 185 „ m. Gold. Versand gegen Nachnahme oder Voreinsendung nur sortiert zu gleichen Teilen. Auch von 100 Stück an. Nur an Verbraucher und Gastwirte. **Fredy, Cigaretten-Vertrieb Norden,** Berlin N 54, Brunnenstraße 17. Fernruf Norden 2343. Geöffnet ununterbrochen von ½9—6 Uhr.

Spezialarzt Dr. med. Keeben für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Beinkranke. Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstörung in Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw. Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik. Königstr. 56/57, gegenüber Rathaus. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1. Honorar mäßig, a. Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Der Landsturm. D. f. ausgebildeten u. unausgebild. Landsturmpflichtige geltend. Bestimmung. d. Deutsch. Wehrordn. Zurückstell., Unabkömmlichk. Reklam. Pr. 85 Pf. **Max Galle,** Rechtswiss. Verlag, Berlin 17. 14417

Handwagen, in großen Mengen lieferbar 1372 **Waggonfabrik Heine & Holländer** G. m. b. H., Elze (Hannover).

Spezialarzt Dr. med. Reinhardt, Potsdamerstr. 117 a. d. Lützowst. ½12-2, 6-½10. Syphilis, Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen. Modernstes, erfolgreichst. Heilverfahren. Teilz. Siebe 48 Seit. stark. Brosch. 0,60 M. nach außerhalb verschlossen 1 M.

Spezialarzt Dr. med. Laabs beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstör. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche. Erprobteste Methoden Harn- und Blutuntersuchung. **Königstr. 34/36,** Bahnhof Alexanderpl. Spr. 10—1 u. 5—8. Sonnt. 10—1

Erfinder Patent-, Gebrauchsmstr.-Anmeldung, Verwertung. Patentbüro Packscher, Patent-Ingenieur, Berlin O, Königstr. 64. Zr. 7000. Auskünfte kostenlos. 13492*

Bartflechte jeder Art, auch hartnäckige und veraltete Fälle, beseitigt vollständig „Paracan". Ueber 25 Jahre sicher bewährt. M. 6.50. Otto Reichel, Berlin 43, 50, Eisenbahnstr. 4

Kennen Sie die Wohltat einer Leibbinde? Sämtliche Systeme am Lag. resp. nach Maßanfertig. sowie **Bruchbandagen** aller Art. Artikel z. Gesundheits- und Krankenpflege. **Pollmann, Bandagist,** Berlin N., Lothringer Str. 60. * Lieferant für Krankenkass.

Der Tabak v. Samenkorn bis z. Genuß. Ein nützl. Buch f. den Tabakfreund. Aussaat, Kultur, Besteuern, Ernten, Trocknen, Beizen, Laugen, Fermentieren, Aromatisieren. Selbstanfertigen von Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabak. Vers. gegen Einsend. v. 1 M. Nachn. 30 Pf. mehr. **G. Hecht,** Gartenbau, Berlin-Schöneweide 13a. *

H. & P. Uder, Berlin SO. 16 Engelufer 5. Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Bis auf weiteres: Geschäftszeit 8—11 und 3—6 Uhr. Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3014.

Das „notleidende" Bayern.

Erlebnisse einer Bayernreise.

Von Gerhardt Lehn (Berlin).

Wir geben die folgende Schilderung, die durch den bayerischen Protest gegen die zu gute Ernährung der Berliner besonders aktuell geworden ist, wieder, ohne zu verkennen, daß sich die Arbeiterschaft auch in Bayern in einer schwierigen Ernährungslage befindet. Aber von ihr ist wohl auch nicht der gehässige Protestschrei ausgegangen, zu dessen Sprachrohr sich die bayerische Regierung gemacht hat. Red. d. „Vorw.".

Man lebt im schönen Bayernland heute noch so urgemütlich, gut und billig wie schwerlich anderswo im großen deutschen Vaterland. In den meisten Orten bekommt man von 1,50 M. an, je nach den gestellten Ansprüchen, gutes Nachtquartier. Nur in den Abendstunden fällt es mitunter schwer, noch ein solches zu erhalten. Frühmorgens bekommt man allenthalben guten Malz- oder Gerstenkaffee, wer Glück hat sogar reinen Bohnenkaffee, wie es mir wiederholt erging. Hat man Brotmarken zur Hand, so erhält man für 60 Pf. ein ansehnliches Stück kuchenähnliches, aus schneeweißem Mehl gebackenes Weißbrot mit einem Schüsselchen Marmelade oder Honig zum Aufstreichen. Die Marmelade ist von guter Qualität und so stark mit Zucker, also nicht mit Saccharin, gesüßt, daß mit ihr ohne nennenswerte Beifügung von weiterem Zucker in zahlreichen Familien die prächtigsten Kuchen gebacken werden. Zum Frühstück aß ich fast täglich 3—4 Eier und trank Milch dazu. Das Ei kostete meistens 20—30 Pf. In einem ganz unbedeutenden kleinen Ort im Bayrischen Wald, wo ich gar nichts vermutete, bekam ich auf dem Durchmarsch eine große Scheibe tadellosen, gekochten Schinken, wie man ihn in Norddeutschland nur noch vom Hörensagen kennt, dazu 3 mit Speck zubereitete Rühreier, ferner einen Liter vollfette, soeben gemolkene Milch und ein riesiges Stück prächtigen Bauernbrotes, letzteres sogar markenfrei! Kostenpunkt alles in allem 1,80 M.! Zum Abendessen gab es an diesem gastfreundlichen Ort ein handgroßes, fingerdickes Stück geräuchertes Schweinefleisch mit einer Riesenschüssel Sauerkohl und Kartoffeln. Preis 1,40 M. Ein Rieseneierkuchen, in Bayern Pfannenkuchen genannt, von 3 bis 4 Eiern, in Fett zubereitet und mit einem Schüsselchen Honig oder Marmelade kam durchgängig 1,20 M. Im nächstgelegenen Vollort bekam ich täglich zum Frühstück zirka ein halbes Pfund Leber- oder Blutwurst oder Preßsack resp. Schwartenmagen sowie ein kleines Stück Butter und ein ansehnliches Stück gutes Landbrot: Preis insgesamt 70 Pf. Dazu ein halber Liter echtes bayrisches Bier und man wird gern begreifen, daß ich mich bei solcher Ernährung ganz wohl befunden habe. Hatte ich Verlangen nach einem guten Stück Kuchen, so wanderte ich auf herrlichen Höhenwegen nach einem unweit gelegenen Badeort, wo ich für 80 Pf. echten Bohnenkaffee mit Milch und Zucker sowie schönen Napfkuchen in Friedensqualität erhielt. Wünschte ich mir ein Glas tadelloses Weizenbier, so wanderte ich auf dritter Seite von meinem Standort auf angenehmer Landstraße bergauf und bergab zu einer idyllisch im Talgrund gelegenen Mühle, mit der unmittelbar eine kleine Brauerei verbunden ist, deren Weizenbier, wie ich bestätigen muß, sich mit vollstem Recht in der ganzen Umgebung allseitiger Anerkennung erfreut. Das Weizenbier ist ein Produkt, ähnlich dem Potsdamer Stangenbier oder der Leipziger Gose, sehr süffig und gut bekömmlich, namentlich an heißen Tagen. Preis pro Liter nur 35 Pf. Bei einer größeren Wanderung über Land hatte ich unterwegs Gelegenheit süßen Apfelwein, der Liter 1,10 M., und prächtigen Heidelbeerwein, der Liter 2,50 M., zu genießen. Wollte ich schließlich Forelle oder Saibling gebraten in Sauce von unverfälschter flüssiger Butter, die Portion mit Kartoffeln 1,80 M., genießen, so fuhr ich mit der Bahn für wenige Pfennige Fahrgeld in etwa einer Stunde zur nächstgelegenen großen Donaustadt, deren „Ratskeller" von je her ob seiner guten preiswerten Küche und den wirklich vorzüglichen österreichischen Landweinen berühmt ist. Zum Abendbrot gab es meistens irgendein Gemüse mit Kartoffeln oder eine stattliche Portion Käse mit Butter und Brot von nicht zu verachtender Qualität für 60 Pf.

Mit dem Essen hats in Bayern nur einen Haken: man muß stets pünktlich an der Mittags- oder Abendtafel sitzen, sonst kann es einem passieren, daß nichts mehr erhältlich ist! Diese Vorschrift gilt nicht nur für ein Gasthaus, sondern für alle! Die bayerische Mittagsspeisezeit beginnt um ½12 Uhr, das Abendessen um 6 Uhr. Will man die volkstümlichen bayerischen Spezialitäten genießen, so muß man sich, um deren teilhaftig zu werden, genau an die angegebenen Zeitpunkte halten. Oft habe ich es miterlebt, daß schon nach wenigen Minuten [illegible] diese Spezialgerichte ausverkauft waren. Die „teuren" Gerichte bekommt man auch noch später, teuer nur im Vergleich zu den Spezialgerichten, aber immer noch billig im Vergleich zu den in Norddeutschland gewohnten Preisen. Diese Spezialgerichte sind Lunge, Leber, Herz, Milz, Nieren und Gehirn, deren Preis, sei es gesotten oder gebraten, mit Kartoffeln oder Gemüse sich pro Portion auf 60 Pf. bis 1 M. stellt. Die „teuren" Gerichte fangen meistens mit 1,80 M. an, bestehend in den verschiedensten Bratenkombinationen oder deutschem Beefsteak oder gesottenem Ochsenfleisch. Am teuersten, wenn der Ausdruck hier gestattet sei, ist meistens Kitz- oder Ziegenbraten, der sich mit Gemüse und Kartoffeln auf 2,40 bis 3 M. pro Portion stellt.

Als Norddeutscher ist man mit Recht erstaunt über die in den großen Gastwirtschaften allgemein übliche reiche Speisenauswahl. Für 1,80 M. erhält man allenthalben ein ausgezeichnetes Mittagessen, bestehend in Suppe, Fleisch oder Fisch mit Gemüse und Kartoffeln, sowie einem Nachtisch in Gestalt eines Stückchens Kuchen oder Käse. Im Abonnement ermäßigt sich der Preis sogar auf 1,60 M. In einem kleinen Ort bei Landshut an der Isar habe ich für 1,40 M. gut und ausreichend zu Mittag gegessen. Mit der Abgabe von Fleischmarken wird es meistens nicht genau genommen. Sie ist auf der Speisenkarte nur zu dem Zwecke angegeben, um den behördlichen Vorschriften zu genügen und damit sie auf dem Papier steht. Während meines ganzen Aufenthalts in Bayern habe ich keine Fleischkarte benötigt, meine Familie in Berlin hat das mir zustehende Fleischquantum allwöchentlich mitverbraucht. Kartoffelmangel ist in Bayern eine unbekannte Größe. Kartoffeln gibt es in Hülle und Fülle, an manchen Orten mehr, als verbraucht wird. Lieber werden sie an das Vieh verfüttert, als daß ans „Ausland" etwas davon abgegeben werde. Zum Kämpfen sind alle Deutschen gut genug. Zum Hungern aber nur die Norddeutschen! Das ist die deutsche Einheit, die ein simpler Untertanenverstand nicht begreift! In Augsburg hätte ich Gelegenheit gehabt, fünf Zentner schönste Bisquitkartoffeln, der Zentner zum Preise von nur 5 M., zu erwerben, wenn ich sie nur über die bayerische Grenze hätte ausführen können. In Munsiebel machte eine eingeleitete Kartoffelklage viel von sich reden. Der dortige Stadtmagistrat hatte in einem gepachteten Keller über 900 Zentner Kartoffeln für die Bevölkerung eingelagert, wovon 576 Zentner, also über die Hälfte, verfault sind. Das Gemeindekollegium machte nun die Magistratsdeputierten, die die Kartoffelversorgung übernommen hatten, für den Schaden verantwortlich, weil sie nicht die nötige Sorgfalt in der Aufbewahrung und Durchsicht des ihnen anvertrauten kostbaren Gutes hätten walten lassen!

Die diesjährige Kartoffelausbeute wird im allgemeinen in Bayern günstig beurteilt, da infolge der vorjährigen guten Ernte genügend Saatkartoffeln zur Verfügung gestanden hätten. Der bayerische Getreidestand ist als großartig anzusprechen. Auch die Obsternte kann man als gut prophezeien, wenngleich die kalten Apriltage und Nachtfröste wie allenthalben auch in Bayern hauptsächlich an Sauerkirschen und Pflaumen beträchtlichen Schaden angerichtet haben. Was die Fleischverteilung anbelangt, so entfielen in den letzten Wochen auf jede Person 140 Gramm Frischfleisch und 60 Gramm Wurstwaren. Der in Norddeutschland stark gestiegene Verbrauch von Kaninchenfleisch und Wurst ist von mir in Bayern nicht beobachtet worden. Die bayerische Fleischversorgungsstelle hat sogar letzthin die Erzeugung von Kaninchenwurstwaren verboten, da im Hinblick auf den starken Wassergehalt und den geringen Fettgehalt der von den Fabrikanten geforderte Preis als zu hoch bezeichnet wurde. Für Ziegenfleisch existiert in Bayern ein Höchstpreis von 2,00 M. pro Pfund, während in Berlin dafür bis zu 6 M. gefordert werden.

Auf Grund der vorstehenden den Tatsachen entsprechenden Ausführungen wird man somit schwerlich von einer bayerischen Lebensmittelnot sprechen können. Trotzdem hört man überall die Redensart, die Preußen und die Norddeutschen schleppen alle Lebensmittel aus Bayern, so daß die einheimische Bevölkerung schon Not leiden müsse. Jedem Bayer aber, der über ungenügende bayerische Verpflegung klagt und schimpft, sollten acht Tage Strafversetzung nach Berlin oder Hamburg oder Kiel zuteil werden, damit er am eigenen Körper unsere andauernden Entbehrungen, die wir in Norddeutschland nun schon jahrelang ertragen, mitmacht und einsehen lernt, daß die bayerische Lebensmittelversorgung immer noch Gold ist gegen die Ernährung nördlich des Mains!

Alles schon dagewesen.

In den „Preußischen Jahrbüchern" (Augustheft) finden wir folgende höchst zeitgemäße „Lesefrucht": An der Stelle, wo der große griechische Geschichtsschreiber Thucydides von der sittlichen Verwilderung spricht, in die im Peloponnesischen Kriege die Hellenen verfielen, schildert er (III, 82):

„Selbst die Worte wurden nicht mehr in dem Sinne gebraucht, wie ehedem, und erhielten einen anderen Wert. Sinnlose Tollkühnheit wurde dienstbeflissene Schneidigkeit genannt, umsichtige Bedächtigkeit hieß wohlversteckte Feigheit, Vernunft Deckmantel der Schlappheit; wer überall wohlüberlegt handeln wollte — eine vollständige Schlafmütze; verrücktes Draufgehen wurde als Männlichkeit gekennzeichnet und Mäßigung sollte nichts sein als ein Vorwand, sich zu drücken. Wer recht schimpfen konnte, galt als ein stets zuverlässiger Mann, der ihm aber widersprach, der war ein unsicherer Kantonist. Wer vorsichtige Deckung anriet, hieß ein Verräter und Angstmeier. Versöhnliche Anträge von der Gegenseite nahm man an, wenn man glaubte, reale Garantien zu besitzen, nicht, weil man vertraute oder großmütig sein wollte. Versöhnungseide, wozu man sich unter dem Zwang der Umstände gedrängt sah, hielt man nur so lange, bis man sich von irgendeiner Seite her verstärkt hatte; sobald man aber nun eine gute Gelegenheit sah und sich beim Gegner eine Blöße wies, brach man sie ohne Bedenken. Denn die meisten Menschen lassen sich lieber gewiegte Schelme nennen, als gutmütig und einfältig, und schämen sich dieses Lobes, während sie mit jenem großtun. Die Regierungshäupter in den Staaten suchten ihren Sachen einen schönen Namen zu geben, indem sie entweder die bürgerliche Gleichheit des ganzen Volkes, oder die Herrschaft der Tüchtigeren als das Bessere anpriesen und schienen damit nichts als das Beste des Gemeinwohls im Auge zu haben, in der Tat aber war es nichts als der Kampf um die Macht und der Wunsch des einen über den anderen emporzukommen. Entweder durch ungerechte Verurteilung in einem Prozeß oder durch die Gewalt der Fäuste suchte man sich den Sieg zu verschaffen. Auf Furcht der Götter sah niemand mehr, wer aber durch tönende Worte etwas Unerhörtes durchsetzte, der gewann dadurch an Ruf. Diejenigen Bürger aber, die sich unparteiisch hielten, wurden von beiden Seiten aufs tödlichste verfolgt. Die Bösesten hatten schließlich die Oberhand, denn indem sie sich bewußt waren, den klugen Gründen ihrer Gegner nicht gewachsen zu sein, schritten sie zur Tat, und während jene vertrauten, daß ihre bessere Einsicht siegen müsse, unterlagen sie der Gewalt und gingen zugrunde."

Würde Thucydides heute leben, könnte er sich nicht treffender ausdrücken; freilich würde er dann als Flaumacher verschrien werden.

Wie hoch fliegen die Insekten!

Im allgemeinen fliegen die Insekten nicht sehr hoch; die oberste Grenze ihres Fluges liegt etwa 30—50 Meter über dem Erdboden. Auch bei Wanderzügen wird diese Höhe nicht überschritten. Der Grund dafür liegt in der großen Empfindlichkeit der Insekten gegen Luftdruckschwankungen; infolge ihrer geringen Sehschärfe verlieren sie zudem bald jede Möglichkeit der Orientierung. Unter besonderen Luftverhältnissen hat jedoch Walter Rosenbaum, der als Luftschiffer in Litauen wie in den Argonnen im Fesselballon Dienst tat, wie die „Naturwissenschaftliche Wochenschrift" dem „Entomologischen Jahrbuch 1918" entnimmt, Insekten in sehr viel höheren Schichten beobachtet. Luftströmungen, die sich über den stärker erwärmten Stellen der Erdoberfläche bilden und bei Gewitter bis zu 15—30 Sek.-Meter Geschwindigkeit erreichen, reißen zahlreiche Insekten mit nach oben, so daß sie in einer Höhe treiben, die sie freiwillig nicht aufgesucht hätten. Namentlich an Sonnentagen um die Mittagszeit und bei Gewitterneigung, wenn aufsteigende Böen einsetzen, hat der Ballonbeobachter häufig Gelegenheit, dies festzustellen. So sah Rosenbaum einen Kohlweißling in etwa 550 Meter Höhe, einen Trauermantel in 300 Meter, einen Fleckenfalter in 465 Meter. Käfer beobachtete er in 515 und 550 Meter Höhe, auch Fliegen und Mücken waren häufig anzutreffen, und eine Libelle schwebte einmal in 250 Meter Höhe vom Winde getragen nach oben. Im allgemeinen sind aber die Insekten trotz ihres ausgezeichneten Flugvermögens an die untersten Luftschichten gebunden, sie gehören zur Bodenfauna des Luftmeeres.

Notizen.

— Fakultät Karl Marx. Wie aus einer Mitteilung der „Iswestia" hervorgeht, wird die sozialistische Akademie in Moskau in zwei Abteilungen geteilt: in eine wissenschaftlich-akademische Sektion und in eine Unterrichts- und Bildungssektion. Im „Palast der proletarischen Kultur" wird eine Fakultät für sozialpolitische Wissenschaften organisiert, die den Titel „Fakultät Karl Marx" führen wird.

— Der Kolmarer Rembrandt, der — man weiß nicht wie und warum — nach Schweden verkauft ist, wird nach einer Mitteilung des Generaldirektors Bode im „Lokal-Anz." Gegenstand einer schriftlichen Anfrage eines Reichstagsabgeordneten an den Reichskanzler werden. Herr Bode macht darauf aufmerksam, daß das Rembrandtporträt zweifellos echt ist und aus seiner letzten, jetzt besonders geschätzten Schaffenszeit stammt.

Lodz.

55]

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Reymont.

„Mag er lieber nicht kommen, wozu soll er es wissen, wo und wie wir wohnen, nein, nein, nein! Der Besuch wäre mir zu unangenehm. Gott helfe ihm in seinen Geschäften, aber wozu soll er unsere Lage kennen lernen."

„Ja, aber sehen Sie mal, so einer kann manchmal nützlich sein."

„An solche werden wir uns nicht um Unterstützung wenden, meine liebe Soschka," unterbrach Frau Jaskulska sie recht herb. Ihr ganzer Stolz bäumte sich auf bei dem Gedanken, daß sie irgend etwas annehmen könnte von einem Jungen, dem sie in besseren Zeiten selbst zum Gymnasium verholfen hatte, vom Sohn irgendeines Organisten, den man im Vorzimmer empfing und mit Eßsachen beschenkte.

Die bloße Annahme, daß solches möglich wäre, erschien ihrem Familienstolz ungeheuerlich.

„Vater kommt mit dem Doktor," flüsterte Antosch, als er Schritte im Korridor vernahm.

Wirklich trat Jaskulski ein und vor ihm Wysocki, von dem man erzählte, er hätte die meisten Patienten in Lodz, müßte aber von seiner Mutter erhalten werden, weil er bloß die ganz Armen behandelte.

Freundlich begrüßte er alle, blickte länger auf Soschka, die vortrat, um besser gesehen zu werden, und ging dann zum Kranken, um ihn zu untersuchen.

Soschka half ihm so eifrig beim Aufrichten des kranken Antosch, sie machte sich so viel am Bett zu schaffen, daß er ungeduldig sagte: „Lassen Sie uns bitte allein."

Beleidigt verschwand sie hinter dem Vorhang, wo Jaskulski, auf einer Kohlenkiste sitzend, sich fast weinend vor seiner Frau entschuldigte.

„Bei meiner Ehre, betrunken bin ich nicht. Stawski hab' ich getroffen, entsinnst du dich seiner? Nach Lodz ist dieser [illegible] gekommen, ihm haben die Schwaben grad' so wie uns sein Gut weggeschnappt. Ins Polnische Hotel sind wir gegangen und geweint haben wir über unser Unglück, wir haben ein Glas getrunken, und das war das ganze Fest. Dann hab' ich einem Juden ein Pferd vermittelt, na, und da haben wir das Angeld vertrunken, und sonst gar nichts weiter. Bei Schwarz war ich, die Stelle ist schon besetzt, aber in den Bahnmagazinen soll eine Stelle bald frei werden, morgen gehe ich zum Direktor, vielleicht gelingt's mir, sie zu kriegen."

„Wie's dir immer gelingt," flüsterte sie leise und verbittert und schaute unruhig zu Antosch und dem Doktor rüber.

Jaskulski heftete seine geröteten Augen auf die Lampe und schwieg. Auf seinem geschwollenen Gesicht mit dem dichten, hellen Schnurrbart lag eine verzweifelte Ratlosigkeit und eine fast tragische Unbeholfenheit.

Er war wirklich der Typ der Unfähigkeit.

Durch seine Unfähigkeit hatte er sein und seiner Frau Vermögen verloren, wegen seiner Unfähigkeit konnte er seit zwei Jahren keine Stelle bekommen, und wenn er durch Vermittlung seiner Freunde eine Stelle bekam, verlor er sie gleich, natürlich wegen seiner Unfähigkeit.

Eine verweichlichte Empfindlichkeit steckte in ihm, von Ausdauer keine Spur, bei dem leisesten Anlaß weinte er und verbrachte sein Leben mit der Hoffnung auf Erbschaften und eine Wandlung zum Besseren. Unterdessen suchte er nach einer Stelle, vermittelte bei Pferdekäufen, wurde allmählich zum Trinker, auch aus Unfähigkeit, weil er keine Kraft hatte, um dieser Neigung bei irgendeiner sich bietenden Gelegenheit zu widerstehen, und ließ seine Familie im Elend verkommen. Er selbst vermochte dem nicht abzuhelfen, übrigens konnte er auch nichts und war zu nichts fähig.

Frau Jaskulska nähte Nachtjacken, Schürzen und Hauben und verkaufte sie am Sonntag in der Altstadt; sie wusch die Wäsche von Arbeitern, die in ihrem Hause wohnten, aber bald versagten ihr die Kräfte; sie verabreichte einen Mittagstisch für dieselben Arbeiter, aber auch das reichte nicht. Sie begann also, obwohl sie wußte, daß sie nichts konnte, den Töchtern der verschiedenen Fabrikmeister und Fabrikbeamten Unterricht zu geben in Polnisch, Französisch und auf dem Klavier.

Alle diese verschiedenen Erwerbsarten, die angestrengte Arbeit, achtzehn Stunden täglich, brachten ihr zusammen monatlich zehn Rubel ein. Aber mit diesem Gelde bewahrte sie doch alle vor dem Hungertode.

Seit einiger Zeit besserte sich ihre Lage, seit Jusiu zwanzig Rubel monatlich zu verdienen anfing und diese bis zur letzten Kopeke der Mutter abgab.

„Wie steht's, Herr Doktor?" fragte sie, an Wysocki herantretend, sobald er die Untersuchung beendet hatte.

„Keine Aenderung. Geben Sie ihm dieselbe Medizin, der Milch können Sie etwas Kognak zusetzen."

Er zog eine Flasche und eine Schachtel mit Pulvern aus der Manteltasche heraus.

„Wie steht's also?" fragte sie so leise, daß er die Frage mehr erriet, als hörte.

„Man kann noch nichts sagen. Aufs Land muß er halt, sobald es wärmer wird. Ich habe an die Sommerkolonie gedacht, das ist aber nichts für ihn. Ich werde mich jedenfalls bemühen, daß dann auch die zwei Aelteren mit ihm rauskommen, paar Wochen auf dem Lande werden ihnen sehr gut tun."

„Ich danke Ihnen, Herr Doktor," flüsterte sie.

„Na, Bub, im Sommer fahren wir ins Grüne, was?"

„Gut, Herr Doktor."

„Liest du gern?"

„Sehr, aber ich habe schon alle Bücher, selbst die alten Kalender, ausgelesen."

„Ich schick' dir morgen welche, mußt mir aber alles erzählen, was du gelesen hast."

Antosch drückte ihm fest die Hand, ohne vor Freude ein Wort aussprechen zu können.

„Na, leb' wohl, in paar Tagen komme ich wieder nach dir sehen."

Gütig streichelte er ihm die schweißbedeckte, kalte Stirn und zog den Mantel an.

„Herr Doktor," flüsterte er schüchtern. „Die riechen so gut, die Veilchen. Mein lieber, goldiger Doktor, nehmen Sie. Sie sind so gut zu mir, wie Mama, nehmen Sie doch. Soscha hat sie mir gegeben, nehmen Sie," bat er ganz leise und so herzlich, daß Wysocki mit einem gerührten Lächeln die Veilchen an dem Aufschlag seines Mantels befestigte.

Beim Abschied wollte ihm Frau Jaskulska einen Rubel in die Hand drücken.

Er trat zurück, als hätte ihn jemand mit siedendem Wasser übergossen.

„Keine Dummheiten, ich bitte Sie," rief er aufgebracht.

„Aber ich kann doch nicht verlangen, daß Sie uns soviel Zeit und Mühe opfern, Doktor . . . Nein."

„Uebrigens hat mich schon der Kleine bezahlt. Gute Nacht."

Er verschwand im Korridor mit Jaskulski, der ihn durch die Gäßchen bis zur Piotrkower Straße begleiten wollte.

„Dumme vornehme Großtuerei," brummte Wysocki und lief so schnell, daß Jaskulski kaum nachkommen konnte.

(Forts. folgt.)

Unser teurer Sohn, der Armierungssoldat 2861b

Richard Rehback

im Alter von 28½ Jahren, wurde vom 15. bis 16. Juli 1918 von einem Granatsplitter so schwer verwundet, daß er am 16. Juli, früh 9½ Uhr, seinen schweren Verletzungen erlag. Er saß bei seinem Kompagnieführer, um Ordonnanzbefehle zu empfangen, als der tödliche Schuß ihn traf. Bei vollem Bewußtsein hat er seinem Kompagnieführer, die Heimatgrüße und ein letztes Lebewohl an seine Lieben zu übermitteln. Mit uns trauert seine junge Lebensgefährtin, Lucie Gottschar, die er in wenigen Wochen heimzuführen gedachte. Am 18. Juli wurde er auf dem Militärfriedhof zur letzten Ruhe bestattet.

Dies zeigen in tiefstem Schmerz an:

Familie Rehback und Verlobte **Lucie Gottschar.**

Berlin, Thurneysserstr. 7, Kochhannstr. 9.

Die Gedächtnisfeier wird noch bekannt gegeben.

Ein einsam Grab vom Sturm umbraust — Keine Handvoll Blumen, keine Schrift von Gold — Dies alles, mein lieber Richard, ist Dir geblieben, — Von all Deinem Streben, Deinem Hoffen und Lieben.

Deine trauernden Eltern.

Allen Verwandten und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß am 16. Juli auch unser heißgeliebter jüngster Sohn und Bruder

Paul Jahn

im 20. Lebensjahre durch Brustschuß gefallen ist.

Er folgte seinem Bruder Gustav nach zwei Jahren zehn Monaten in den Tod.

Dies zeigen schmerzerfüllt an

Gustav Jahn und Frau Berta geb. **Dörffer** als Eltern.

Anna Jahn, Bruno Jahn, Klara Jahn, Frida Jahn als Schwestern u. Bruder.

Gustav Zimmermann, z. Z. im Felde, **Paul Brennicke,** zurzeit in Essen, **Franziska Jahn** als Schwager u. Schwägerin nebst Neffen und Nichten.

Berlin, Müncheberger Str. 32.

Es war so reich Dein junges Leben an Mühe, Arbeit, Sorg' und Last, wer Dich gekannt, muß Zeugnis geben, wie fleißig Du geschaffen hast. Ob Du auch bist von uns geschieden, in unserm Herzen stirbst Du nie. Nun ruhst Du still in Feindesland, weißt nicht, was wir leiden. Wer viel verloren, leidet unermessen; für solch' tiefes Leid gibt's kein Vergessen. 1898

Universal-Briefsteller 4,— Mark, Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3 (Laden).

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines unvergeßlichen Gatten und Vaters, des Schlossers

Paul Schröder

sage ich hiermit der Direktion der Firma Kabelwerk Oberspree, seinen Kollegen Abt. R. 2. sowie der Hilfskasse der Wagenbauer meinen herzlichsten Dank.

Im Namen aller tieftrauernden Hinterbliebenen [2866b

M. Schröder nebst Söhnchen.

Altrenommierte elsässische Haarnetzfabrik empfiehlt besonders an Grossisten und Einkaufsgenossenschaften ihre **„Prima Haubennetze"** einfach und Doppelhaar und Stirnhaarnetze zu billigsten Tagespreisen. Gefl. schriftl. Anfragen unt. F. St. 280 bef. **Rudolf Mosse, Straßburg/Els.** 89/9

Trauer-Bekleidung für **Damen** und **Mädchen.** Stets wohlausgestattete moderne Lager. **Oskar Wollburg** Brunnenstr. 56 u. 57. Gegründet 1896.

Wie sparen Sie Aufnehmer und Schrubber und Seife?

Nur durch öfteres Streichen mit Fußbodenanstrichfarbe

Streichfix,

für 50 Pfennige 2 Liter Farbe.

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Generalvertreter und Lieferant für Preußen

A. Burkart, Essen, Witteringstraße 70.

Zähne von **3 M.** an Teilz. wöchentl. 1 M. Plomben 1.50. Goldkronen 18 M. **Zahnziehen** m. Einspr. höchst schmerzlind. Umarb. schlechts. Gebisse. Rep. sof. **Zahnarzt Wolf** Potsdamer Str. 55. Hochb. Sprechz. 9-7.*

Das goldene Buch des Weibes.

Zehn Kapitel aus dem intimsten Leben der Frau. 6. Auflage. Von R. Gerling. — 152 Seiten. Inhalt: Wie erhält die Frau das Eheglück? — Warum verblühen so viele Frauen so früh? — Die Pflege und Erhaltung weiblicher Schönheit. — Das Geschlechtsleben in der Ehe. — Die Bedeutung der Krankheiten für d. Eheleben. — Gesundheitspflege während d. Schwangerschaft. — Die Regelung des Kindersegens. — Unfruchtbarkeit, ihre Ursachen u. Verhütung. — Wie erlangt man schöne u. gesunde Kinder? — Das Recht der Frau und das Eherecht. Preis 3,— M., geb. 4,— M.

Orania-Verlag, Oranienburg 92 G.

Postscheckkonto: Berlin 29982.

Spezialarzt

Dr. med. Hasché,

Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnh. Behandl. von **Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden,** spez.: chron. Fälle. Schmerzlose, kürzeste Behandlg. ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 11 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Kleines Grundstück

von ca. 20 Morgen in Ostpreußen, mit lebendem und totem Inventar und voller Ernte, preiswert zu verkaufen. **Adolf Henneschmidt,** Stallupönen (Ostpreußen), Kasseler Straße 1. *

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten

bietet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. des Handels steht bevor, und es werden überall

geschulte Kräfte gesucht

sein. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht versäumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke **„Syst. Karnack-Hachfeld".** 80 S. starke Broschüre kostenlos.

Bonness & Hachfeld, Potsdam Postfach 167

H. Pfau, Bandagist

Berlin C., **Dircksenstr. 20** zwisch. Bahnh. Alexanderplatz u. Polizeipräsid. — Amt Kat. 3208 Für Damen Frauen-Bedienung. Lieferant für alle Krankenkass.

Zahngebisse,

Platin, Gr. 7,60, Ketten, Ringe, Bestecke kauft **Frau Wagner,** Kaiserstr. 18 I (Alexanderplatz).

Verkäufe

Leiterhandwagen, jede Größe, stabil, dauerhaft, Kastenwagen, Holzräder, Auswahl. Schmiede, Landsbergerstraße 19. 70R*

Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. Massenauswahl! Pelzsachen, Skunkskragen, Skunksmuffen, Alaskafüchse, Rotfüchse, neue Herrenpaletots, Herrenanzüge, Teppichverkauf, Uhrenverkauf. Passende Festgeschenke! 101R*

Holzräder! aller Größen, Leiterwagen, eigenes Fabrikat, billig. Weiblich, Brunnenstraße 96. 107R*

Klappsportwagen, Kinderwagen. Tiet, Soltaustr. 49, II. 40R*

Elegante Kostüme, Damenmäntel, Damenulster, Damenröcke, Blusen, Herrenanzüge, Burschenanzüge, Winterpaletots, Ulster, Pelzsachen. Löwenthal, Neukölln, Berlinerstr. 41. 12R*

Wachstuch für Küchentische, Tapeten, Tapetenkleister verkauft Robert Szillat, Koloniestraße 9, Tapetengeschäft. 71R

Dezimalwagen, Tafelwagen, Gewichte liefert ab Vorrat Wagner, Cöpenickerstraße 71. 121R*

Teppiche, Bettvorleger, Diwandecken, Tischdecken, Tüllstores. Potsdamerstraße 109, Fischer. 116R*

Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, nur 1 Treppe, kaufen Sie Pelzkragen, Muffen, Skunks, Nerz, Alaska, Blaufüchse und alle anderen Pelzarten, Taschenuhren, Brillanten, Silbertaschen, Alpakataschen, neue Herrengarderobe. 146R*

Nähmaschinen! Singerbobbin, Adler, Schnellnäher, kleine, große, wie neu, billig. Reparaturen prompt. Kastorp, Kottbuserdamm 6, vorn hochparterre. 63R*

Pelzgarnituren! Riesenauswahl! Allerbilligst! Hochelegante moderne Fuchskragen! Alaskafüchse! Blaufüchse! Silberfüchse! Rotfüchse! Kitfüchse! Skunkskragen! Iltisgarnituren! Muffen! Silbertaschen! Uhrenverkauf! Einsegnungsgeschenke! Leihhaus! Warschauerstraße 7.

Geschäftsverkäufe

Bäckerei-Niederlage, gutgehende, krankheitswegen sofort zu verkaufen. Grieß, Schöneberg, Aschaffenburgerstraße 10/11. †194

Möbel

Möbelkredit. Komplette Wohnungs-Einrichtungen, einzelne Möbelstücke sowie farbige Küchen. Geringe Anzahlung, bequeme Abzahlung. Kredithaus Luisenstadt, Cöpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, nahe Bahnhof Jannowitzbrücke. 72R†

Möbel-Rath liefert in großer Auswahl komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie reizende moderne Küchen bei bequemer An- und Abzahlung. Rath, Elsasserstraße 44, am Oranienburger Tor. 138R*

Küchenmöbel. Verkauf Fabrikgelände, Kastanienallee 34. 475.— an, garantiert beste Arbeit. Oelanstrich. Bestellungen Ackerstr. 146, Beiz. [†167*

Bettstellen, englische Patentmatratzen, Auflagematratzen, Chaiselongues, Trumeaus, Flurgarderoben, alles nagelneu. Walter, Stargarderstraße 15. 2258/15*

Möbel-Groß, Große Frankfurter Straße 141, zweites Geschäft: Invalidenstraße 5, Ecke Ackerstraße, liefert stets zu billigen Preisen gute Möbel gegen bar oder bequeme Teilzahlung. Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt. Anzeige mitbringen. Wert 5 Mark. 142R*

Möbel-Cohn, im Osten, Große Frankfurterstraße 58, im Norden Badstraße 47/48, liefert auf Kredit an jedermann bei kleinster An- und Abzahlung ganze Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke sowie farbige Küchen-Einrichtungen in bester Ausführung. Besichtigung meiner Möbel ohne jeden Kaufzwang gern gestattet. Kriegsanleihe nehme gern als Anzahlung. Lieferung frei Haus. Liefere auch nach auswärts. 166R*

Möbelgeschäft, 38 Jahre bestehend, verkauft jetzt Bellealliancestraße 14a noch zu billigen Preisen, solange Vorrat reicht, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, moderne Küchen. Speisezimmer, Eiche, 1350,—, Schlafzimmer 950,—, Küchen 380,—, einzelne Ankleideschränke, Ruhebetten, Bettstellen, Tische, Trumeaus, Teppiche, Kronen spottbillig, verliehen gewesene, zurückgesetzte Möbel bedeutend unterm Preis. Sicheren Leuten Zahlungserleichterung. 36R*

Hocheleganies, ganz apartes Dunkelmahagoni-Schlafzimmer, entzückend ausgeführt, sehr günstig verkäuflich. Möbelhaus M. Hirschowitz, SO., Skalitzerstraße 25. Hochbahn Kottbuser Tor. 146R*

Schlafzimmer! Elegante! Dunkelmahagoni, birnbaum, birken, eichen, weißlackiert. Große Auswahl, billigst. Möbelhaus Osten, nur 30 Andreasstraße 30. 111R

Stuben- und Kücheneinrichtung, Papageibauer und Aquarium zu verkaufen bei Winkler, Posenerstraße 6, IV. H189

Metallbetten, modern, Kinderbetten mit Matratze, verkäuflich. Zwirn, Zossenerstraße 10. 89/12*

Musikinstrumente

Friedenspreise! Friedensware. Hunderte gebrauchter Fahrräder aller Gattungen, sowie Rennmaschinen, Vegeträder, auch Ersatzbereifung 50,—, 60,—, 70,—. Fahrradlager Weberstraße 42. †180*

Pianos auf Teilzahlung und zur Miete. Pianohandlung, Göbenstraße 10a. 51R*

Nußbaumpiano, schweres, Jugendstil, schwarzes Knöchelpiano 1200,—. Reimann, Möckernstraße 71, III. 2823b

Fahrräder

Damenrad 75,—, Herrenrad 50,—, auch Freilaufräder. Kraus, Andreasstraße 22, I. 89/10

Kaufgesuche

Platinabfälle! Gramm bis 7,80! Zahngebisse! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend, Schmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31. Telephon Alexander 4243. 261*

Lacke bis 18,00, Bleiweiß sowie sämtliche Malerartikel kaufen Gebrüder Borowski, Gneisenaustraße 5. (Rollendorf 2379.) *

Teppiche, Portieren, Gardinen, Stores, Tisch-, Bett- und Diwandecken sowie Möbel aller Art kauft höchstzahlend Schönhorn, Ackerstraße 169/170. Norden 10896. 246/20*

Wachswalzen und Abfälle kauft jedes Quantum zu gesetzlichen Höchstpreisen. Nachemstein, Charlottenburg, Windscheidstraße 3a. 161R

Hartgummiabfälle kauft jeden Posten zu gesetzlichen Höchstpreisen. Nachemstein, Charlottenburg, Windscheidstr. 3a. 161R

Windscheidstraße 3a, Charlottenburg, kauft mit Genehmigung jedes Quantum gebrauchte und neue Weinkorke, Sektkorke, Korkabfälle zu gesetzlichen Höchstpreisen. 161R

Wachswalzen, Schallplatten — Diktierwalzen — auch zerbrochene große, per Stück bis 1,20 Mark. Zelluloidabfall — Platinabfall, Gramm 7,70 M. Holzbrandstifte. Zahngebisse, auch zerbrochene. Salpetersaures Silber. Hartgummiabfall — Glühstrumpfasche kauft jeden Posten Metallschmelze, Alte Jakobstraße 138 (Ecke Hollmannstraße). 260R*

Platinabfälle, per Gramm bis 7,80 Mark, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Broh, Berlin, Cöpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 3478. Eigene Schmelze, direkte Verwertung. 171*

Grammophon, auch defekt, kauft Stengel, Wassertorstraße 5. †173

Zahngebisse! Platinabfälle, 7,80, Ketten, Ringe, Bruchabfälle, elektrische Materialien, Filmabfälle, Zelluloid kauft Silberschmelze Christionat, Cöpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 117/3*

Unterricht

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. *

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungs-Baumeister a. D., Berlin, Neanderstraße 3. Ausbildung zu Werkmeistern, Technikern, Konstrukteuren. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau. 87/13*

Für jeden leichtfaßlich: Deutsch, Englisch, Französisch, Rechnen. Lehrer Smilowski, Schöneberg, Hauptstraße 146. 88/2

Tanzschule Friedrich, Michaelkirchstraße 39. Täglich Anfängerkurse. Schülerkurse. Kinderkurse. 19R*

Kaufmännische Privatschule von Hugo Strahlendorff, Beuthstraße 11, am Spittelmarkt. Lehrpläne unentgeltlich. Unterricht in allen kaufmännischen Fächern sowie in Kurzschrift (Stolze-Schrey), Maschinenschreiben, Schönschreiben, Deutsch, Englisch, Französisch. Anmeldungen jederzeit. 122R*

Verschiedenes

Darlehn, 6 Prozent Teilrückzahlung, auf Hypothekenbriefe 5 Prozent, gibt Bankverein, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 163. 40R*

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 68R*

Vermietungen

Ravenéstraße 6 Parteilokal, großer Saal, zum 1. Oktober 1918 zu vermieten. 88/2*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Korbmacher-Gesellen auf Kohlen-Kiepen stellt ein Paul Korth, Weißensee, Langhansstraße 4. †95*

Zuverlässiger Bauwächter wird sofort für Neubau in Tempelhof verlangt. Guthmann Nachfolger, Wallstraße 25. 2862b

Einrichter für Automaten, Schrauben- und Revolverbänke (gelernte Werkzeugmacher). „Reha", Fabrik elektrischer Heizapparate, Neukölln, Steinmetzstraße 45. †185*

Nachtwächter, vertraut mit Wasserverhältnissen, von Segelklub in Wannsee gesucht. Schriftliche Offerten an Roden, Friedenau, Thorwaldsenstraße 8. 89/11

Zeitungsausträgerinnen, Tour: Rosinenstraße, Kaminerstraße, gesucht. „Vorwärts"-Spedition, Charlottenburg, Sesenheimerstraße 1. *

Arbeiterinnen sucht Druckerei Baß u. Garleb, Bülowstraße 66. 280/6

Stenotypistin, eventuell Anfängerin, gesucht. Ingenieur Sachs, Charlottenburg, Windscheidstraße 16. Telephon: Wilhelm 4488. Persönlich vormittags ½10—11 oder schriftlich. 72R

Maschinennäherin auf weiße Kinderkleider im Hause. Hein, Kamerunerstraße 53. 75R

Junge Mädchen für leichte Handarbeiten verlangt Herz, Cöpenickerstraße 36/38. 2868b

Frau zum Rollwäsche plätten. Usedomstraße 31. †197

Politischer Redakteur gesucht.

Für 1. Januar 1919 oder auch früher suchen wir einen erfahrenen **politischen Redakteur,** der bereits ähnliche Stellen bekleidet hat. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und der Gehaltsansprüche erbeten an den

Verlag des „Sächsischen Volksblattes",

Zwickau i. S. 286/17*

Tüchtige **Feinmechaniker** für kinematographische Apparate, Heeresarbeit, per sofort gesucht. **Geyer,** Maschinen- und Apparatebau, Harzerstraße 39.

Säckenäherin mit Adler-Sackstopfmaschine geübt, für dauernd gesucht. **Vogel Söhne,** Berlin, Magazinstraße 1, Alexanderplatz. [14312

Packer oder geübte Arbeiter verlangt **Fritz Puppel,** Grätzstr. 58.

Tapezier-Gehilfe für Bühne verlangt **Volksbühne,** Linienstr. 227. [155/3 Meldungen im Maleratelier.

Automobilschlosser f. Reparaturen, selbständig arbeitend, suchen **Gebr. Wieczoreck & Loebel** Kleine Frankfurter Straße 1.

Revolver-Einrichter stellen ein 13882 **Spezialkonstruktionen, Steglitz,** Birkbuschstr. 37/39

Polierer-in sowie **Schleifer** und **Zusammensetzer** stellen ein 1411L **C. & K. Redlich, Stockfabrik,** Ritterstr. 75.

Einrichter auf Messingzünderteile an K. Mechanikerbanken verl. [2867b Fritz Puppel, Grätzstr. 59.

Eisendreher und **Maschinenschlosser** sofort verlangt. 2863b **Allgem. Maschinenbau-Anstalt,** Alte Jakobstraße 8.

60 Frauen gesucht. Villeroy & Boch, Abt. Armee-Konf.-Kruken, **Lichterfelde-Ost, Lankwitzerstr. 13.**

Tüchtige Feinmechaniker

(auch Kriegsbeschädigte)

für optische und militärtechnische Instrumente

in dauernde Stellung für sofort und später

gesucht.

Gustav Heyde, Dresden N. 23.

88/16* **Abteilung I.**

Austrägerinnen

für den „Vorwärts"

werden eingestellt in folgenden Filialen

Berlin: Markusstr. 36. Lausitzer Pl. 14/15. Petersburger Platz 4. Lindenstr. 3. Wilhelmshavener Str. 48. Greifenhagener Str. 22. Wattstr. 9.

Schöneberg: Meininger Straße 9.

Charlottenburg: Sesenheimer Str. 1. f. Revier Osnabrücker Str. u. Rosinenstr.

Steglitz: Bernsee, Mommsenstr. 59.

Wilmersdorf: Wilhelmsaue 27 bei Schubert,

Tempelhof: Kaiser-Wilhelm-Str. 74.

Neukölln: Neckarstr. 2.

Lichtenberg: Wartenberg-Straße 1 und Alt-Boxhagen 56.

Pankow: Mühlenstr. 70.

Borsigwalde: Kienast, Räusch-Str. 10.

Friedrichshagen: Workmann, Cöpenicker Str. 18.

Meldezeit von 11 bis 1½ Uhr und 4½ bis 7 Uhr.

Wir suchen für unseren Betrieb

ungelernte Arbeiter

in größerer Zahl, ferner

2 Oberbauschachtmeister mit Kolonnen, Schlosser, Maler, Glaser, Schuhmacher.

Arbeiterannahmestelle der Pulverfabrik Premnitz,

Rathenow, Bahnhofstr. 22. 12/1*

Maurerpoliere und Maurerkolonnen

für **Bauten** im besetzten Gebiet des Ostens für **sofort** gesucht.

Fritz Hackbarth & Co. G. m. b. H.,

Berlin W 9, Schellingstr. 13. 2846b*

Werkzeugmacher, Schlosser, Lehrenbauer, gelernte Werkzeugmacher als Einrichter

verlangt 1351L*

R. Stock & Co. A.-G.,

Berlin-Marienfelde.

Tüchtige Werkzeugmacher

für Schnitte und Stanzen werden sofort eingestellt 14362

Riebe, Kugellager- und Werkzeugfabrik,

Berlin-Weißensee, Riebestraße, Abt. Werkzeugbau.

Der Turiner Aufruhrprozeß.

Der Riesenprozeß wegen des Aufruhrs im vorjährigen August in Turin ist zu Ende. Der Präsident des Militärgerichts verlas den Urteilsspruch. In Erwägung dessen, daß die den Angeklagten zur Last gelegten Vergehen einen „indirekten Verrat" bildeten, wurden folgende Strafen verhängt: Barberis 6 Jahre 1 Monat Zuchthaus, Ravezana 4 Jahre Gefängnis, Serrati, der Direktor des „Avanti", 3 Jahre 6 Monate Gefängnis, Piamezza, Gindice, d'Alberto je 3 Jahre 1 Monat Gefängnis. Alle anderen Angeklagten wurden freigesprochen. Dieser Freispruch aber drückt dem Tendenzprozeß viel mehr als die harten Urteile den Stempel auf. Denn die Anklage war anfangs gegen 200 Personen erhoben worden und im Verlauf des Prozesses auf 66 und zuletzt auf 13 Personen beschränkt worden, von denen schließlich sechs verurteilt worden sind. Das bedeutet nichts anderes als ein Urteil gegen die Regierung. Der interventionistische „Secolo" sagt dann auch: „Dieser unglückliche Prozeß hätte nie geführt werden dürfen". Bei den Verurteilten ist die schwerere Anklage wegen Komplotts zurückgezogen worden; da man aber eine Verurteilung brauchte, konstruierte man ein Vergehen, eben jenen „indirekten Verrat". Der Berichterstatter der „Voss. Ztg." teilt mit, die Rede des öffentlichen Anklägers Brisotto sei auffallend milde gewesen, es fielen oft freundliche Worte für die Angeklagten.

Ueber die wahren Vorgänge in Turin hat man, nach dem genannten Berichterstatter, aus dem Prozesse nichts erfahren, da die Zensur in den Berichten über die Reden der Verteidiger alles strich, was etwas Tatsächliches enthalten konnte. Man kann nur feststellen, daß der abgesetzte Präfekt von Turin Ferdinois als Zeuge zugab, daß Turin damals tagelang ohne Brot war, und daß die Befehle der Militärbehörden, an die er sich um Schutz wandte, mangelhaft durchgeführt worden sind. Bemerkenswert ist die Aeußerung eines Generals, daß er nur blutenden Herzens den Befehl gegeben habe, auf hungernde Leute zu schießen, so wird man sagen dürfen, daß der Aufruhr aus Not und Hunger hervorging, und weiter, daß der Versuch, ihn auf ein Komplott der Sozialisten zurückzuführen, gescheitert ist.

Der ukrainische Eisenbahnerstreik.

Kiew, 3. August. Der Eisenbahnerstreik nimmt ab. In vielen Bezirken, besonders im Norden der Ukraine, ist der Verkehr bereits fast normal. Die Zahl der Arbeitswilligen wächst ständig. Auf den Eisenbahnen auf der rechten Seite des Dnjepr hat sich die Lage gleichfalls erheblich gebessert; von Kiew sind gestern 54 Züge abgegangen. Die Arbeit ist auf Grund der alten Bedingungen wieder aufgenommen worden.

Kiew, 4. August. Wie „Kiewskaja Mysl" meldet, fordert ein **Erlaß des deutschen Kommandanten** und ukrainischen Gouvernementsstarosten in Poltawa die Bauern auf, im Vertrauen auf die Regierung und den deutschen Bundesgenossen die Hetzer zu vertreiben und an der Wiederherstellung der Ordnung mitzuarbeiten. Jeder wird erhalten, worauf ihm ein Recht zusteht. Jeder wird die Sommersaat, die er gesät hat, nach Abgabe des gesetzlichen Anteils an den Besitzer und nach Bezahlung der Abgaben ernten. Ebenso soll die Wintersaat dem gehören, der sie im Herbst 1917 ausgesät hat oder auf dessen Kosten das geschehen ist. Wenn eine Einigung nicht zu erzielen ist, so solle man sich an die Einigungsämter, die aus Bauern, Gutsbesitzern und unparteiischen Vorsitzenden bestehen, wenden.

Zum Eisenbahnerstreik wird gemeldet, daß der **Verkehr auf fast allen Linien** wieder hergestellt ist, wenn auch noch **in beschränktem Umfange**. An vielen Orten nehmen die Eisenbahner die Arbeit auf, da sie die Nutzlosigkeit des Weiterstreikens einsehen. Auf der Poleszjebahn verkehren fast ebensoviele Züge wie vor dem Streik. Durch Kiew, Odessa, Jekaterinoslaw, Charkow geht bereits eine große Anzahl von Zügen.

Die Reformen in Rumänien.

Zwangsarbeitsgesetze — Agrarreformen — Die Naturalisierung der Juden.

Bukarest, 5. August. Die rumänische Kammer hat mit 94 gegen 9 Stimmen ein Gesetz angenommen, nach der **Arbeiter zwangsweise zur Arbeitsleistung bei der Eisenbahn** herangezogen werden können. Ferner wurde das Gesetz über eine zeitweilige Aufhebung der Unabsetzbarkeit der Verwaltungsbeamten mit 84 gegen 2 Stimmen angenommen.

Als Ergänzung des gesetzlich eingeführten **landwirtschaftlichen Arbeitszwanges** wird für die Gutsbesitzer und Pächter die Verpflichtung eingeführt, einen Teil ihrer Güter an die Bauern zu verpachten. Grundsätzlich wird die Verpachtung durch gütliche Vereinbarung erfolgen; im Falle der Weigerung aber wird auf die Gutsbesitzer und Pächter durch Verlust der Vorteile des landwirtschaftlichen Arbeitszwanges und durch eine hohe staatliche Sondersteuer ein Zwang ausgeübt werden. Das neue Gesetz wird sofort in Kraft treten, damit schon im Herbst die Bauern den für den Anbau nötigen Boden erhalten können.

Bukarest, 4. August. Nachdem das Gesetz über die **Naturalisierung der Juden** bereits in voriger Woche vom Senate angenommen worden ist, gelangte es gestern auch in der Kammer zur Abstimmung. 86 Abgeordnete stimmten dafür, 13 dagegen, während einer sich der Abstimmung enthielt. Das Gesetz schließt sich im wesentlichen den Bestimmungen des Bukarester Friedensvertrages an, zieht aber den Rahmen der einzubürgernden Personen zum Teil weiter. Es werden eingebürgert jene, die während des letzten Krieges unter den Fahnen, sei es im aktiven oder im Hilfsdienste gedient haben, ferner jene, die, in Rumänien geboren und seßhaft, von ebendaselbst geborenen Eltern abstammen. Dazu kommen die jugendlichen Pfadfinder, die der rumänischen Armee in die Moldau gefolgt sind, ferner in Rumänien geborene und seßhafte Männer, die 1913 mobilisiert wurden und der rumänischen Armee bis zur Kriegserklärung 1916 angehört haben, den Feldzug aber nicht mitgemacht haben; schließlich solche in Rumänien geborene und seßhafte Wehrpflichtige, die 1916 sich bei der Mobilmachung zum Heere gemeldet haben, aber nicht eingezogen wurden.

Die Einbürgerung erstreckt sich jeweils auch auf Frauen und Kinder. Sind diejenigen, die als Kriegsteilnehmer oder als im Lande ansässige Personen die Einbürgerung beanspruchen konnten, bereits gestorben, so geht der Anspruch auf ihre Eltern, Witwen und Kinder über.

Bei den Stichwahlen zur luxemburgischen Verfassungskammer wurden gewählt: 8 Rechtsparteiler, 5 Liberale, 4 Sozialisten, 2 Volksparteiler und 2 Unabhängige. Die Verfassungskammer setzt sich nunmehr zusammen aus 23 Rechtsparteilern, 12 Sozialisten, 8 Liberalen, 5 Volksparteilern und 5 Unabhängigen. Von diesen bekennen sich zwei zu dem Programm der Rechtspartei, drei neigen zur liberalen Fraktion. Diese hat im Industriewahlbezirk ihre sämtlichen 9 Sitze an die Sozialisten und Volksparteiler und im Kanton Luxemburg 2 Sitze an die Rechtspartei verloren.

Die Flugzeugverluste in vier Kriegsjahren. In den vier Kriegsjahren hat der Verband nach den bisherigen Feststellungen 5015 Flugzeuge verloren, während Deutschland bisher nur 1927 Flugzeuge einbüßte. Allein im letzten Jahre sind von den Deutschen 3017 feindliche Flugzeuge vernichtet, das heißt fast das Doppelte der in den gesamten ersten drei Kriegsjahren abgeschossenen Flugmaschinen des Verbandes. 430 abgeschossene Fesselballonen der Entente stehen 163 vernichtete Ballone auf deutscher Seite gegenüber.

Der Jahrestag der mazedonischen Erhebung — der fünfzehnte — wurde am Freitag in zahlreichen mazedonischen Städten volksfestlich begangen. Die Feier in Stoplje, an der General Scholtz teilnahm, wurde zu einer Kundgebung für das Bündnis mit den Mittelmächten. Auch in der Gegend von Drama und Serres fanden Erinnerungsfeiern statt.

Châlons ununterbrochen unter schwerem Feuer. Der „Progrès de Lyon" meldet: Während der schweren Beschießung von Châlons vom 14. bis 17. Juli wurde die Stadt ununterbrochen mit 38-Zentimeter-Kalibern beschossen. Fliegerangriffe finden täglich statt. Sie beginnen gegen 10 Uhr abends und dauern bis 3 Uhr nachts. Während dieser Zeit überfliegen dauernd deutsche Geschwader die Stadt und werfen ununterbrochen Bomben ab.

Amerika und der U-Boot-Krieg.

Eine Frage der Verantwortung.

In der „Deutschen Tageszeitung" verschwendet Graf Reventlow einen großen Aufwand an Worten und Spitzfindigkeit, um darzulegen, daß die Verantwortung für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg nicht die Verantwortung für das Eingreifen Amerikas in den Krieg in sich schließe. Der Artikel ist offenbar veranlaßt durch die wiederholte Feststellung, daß alle alldeutschen Prophezeiungen, die zur Unterstützung der Propaganda für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg in die Oeffentlichkeit gesetzt wurden, sich als absolut fallch erwiesen haben. Das betrifft sowohl die Prophezeiungen über die Beendigung des Krieges in wenigen Monaten, wie über ein Nichteingreifen Amerikas auf dem europäischen Kriegsschauplatz.

Da Graf Reventlow nicht wohl bestreiten kann, daß die Tatsachen alle diese Prophezeiungen widerlegt haben, so begnügt er sich mit der lahmen Abwehr, daß er persönlich ein Gegner dieser Prophezeiungen gewesen sei. Wir bestätigen ihm dies, aber das hat nicht verhindert, daß das Gros seiner Gesinnungsgenossen, voran der konservative Führer v. Heydebrand, sehr kurzfristige und längst überfällige Wechsel auf die Kriegsbeendigung durch den U-Boot-Krieg ausgegeben haben, und daß gerade diese Prophezeiungen es waren, die ihrer Zeit einen stärkeren Eindruck auf die öffentliche Meinung in Deutschland gemacht haben als die gesamte übrige alldeutsche Propaganda.

Das Schwergewicht seiner Verteidigung legt aber Graf Reventlow auf die Behauptung, daß die Vereinigten Staaten von Amerika auch ohne den uneingeschränkten U-Boot-Krieg gegen uns mobil gemacht hätten. Das ist eine ganz willkürliche Annahme, die auch dadurch nicht wahrer wird, daß sie von dem Grafen als eine Art Dogma hingestellt wird, an dem zu zweifeln Frevel sei. Wir sind durchaus entgegengesetzter Ansicht. Die Tatsache, daß erst der uneingeschränkte U-Boot-Krieg dem Präsidenten Wilson die Möglichkeit einer Kriegserklärung gegen Deutschland gab, beweist, daß ohne diese Voraussetzung auch die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten unterblieben wäre. Ob die Schwächung unserer Feinde durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg oder ihre Stärkung durch die Hilfe Amerikas als das strategisch bedeutungsvolle Moment anzusehen ist, darüber wird nach Kriegsbeendigung zu reden sein. Aber heute schon steht unwiderleglich fest, daß die Verantwortung für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg die Verantwortung für den Eintritt Amerikas in sich schließt. Ein Feldherr hat nicht nur die Verantwortung für die in der Schlacht erzielten Geländegewinne, sondern auch für die hierbei erlittenen Verluste zu tragen. Ein Heerführer, der nur für das erste, nicht für das zweite einstehen wollte, würde mit Recht als eine sonderbare Gestalt angesehen werden. Daher möge Graf Reventlow uns gestatten, es sonderbar zu finden, wenn er nur die Aktiva, nicht die Passiva des uneingeschränkten U-Boot-Krieges verantworten will.

Amtsgeheimnis und Presse.

Professorenangst vor zuviel Preßfreiheit.

Auf was für Ideen ein Professor kommen kann, der seine Vorschläge aus abstrakten Theorien ohne Kenntnis der Wirklichkeit konstruiert, zeigt ein Aufsatz des Prof. v. Beling-München im Augustheft der „Deutschen Juristenzeitung". Der Herr Professor ist nämlich der Meinung, daß die Presse unter den gegenwärtigen Umständen zuviel Freiheit besitze und einer weiteren Einschränkung durch das Strafgesetz bedürfe. Mit diesem Strafgesetz soll die unbefugte Veröffentlichung geheimer amtlicher Schriftstücke getroffen werden. Sogar jeder, der „von einer amtlichen Denkschrift Abschrift nimmt", soll mit Strafe bedroht werden.

Die Folge wäre nur eine Vermehrung der Preßprozesse. Denn so wenig ein anständiger Journalist aus bloßer Sensationslust in die Geheimnisse der Amtlichkeit hineinleuchten wird, so wenig wird er sich durch Androhung einer Strafe von Veröffentlichungen abhalten lassen, die er im allgemeinen Interesse für notwendig hält.

Das Originellste an den juristischen Ausführungen Belings ist aber der Schluß, der folgendermaßen lautet:

Indem ich hoffe, die Aufmerksamkeit auf ein des Nachdenkens wertes Problem gelenkt zu haben, betone ich noch, daß m. E. das **preußische Belagerungszustandsgesetz § 9b** und das Bayrische Gesetz über den Kriegszustand Art. 4[a] die Möglichkeit bieten würden, das Uebel der gemeinschädlichen Indiskretion in gewissen Grenzen **durch militärische Anordnungen ohne Inanspruchnahme der Reichsgesetzgebung** zu bekämpfen.

Der Herr Professor ist also schließlich dahinter gekommen, daß, wie die Dinge heute liegen, eine Anrufung des Gesetzgebers gar nicht notwendig ist, da ja die Gesetze, von deren Einhaltung heutzutage das Dasein der Presse abhängt, gar nicht von Reichstag und Bundesrat gemacht werden. Das Ganze läuft somit auf eine Einladung an die militärischen Stellen hinaus, von ihren Machtmitteln gegen die Presse noch umfangreicheren Gebrauch zu machen. „Um einem tiefgefühlten Bedürfnis abzuhelfen", möchte man sagen!

Mißhandlung als landwirtschaftlicher Betriebsunfall.

Eine Reichsgerichtsentscheidung.

Ein Milchkutscher war mit seinem Arbeitgeber, dem Inhaber einer Molkerei, in Differenzen geraten und sollte entlassen werden. Der Anlaß war der gewesen, daß sich der Kutscher darüber beklagte, er bekäme zu wenig Brot. Als er sich weigerte, den Stall zu verlassen, warf ihn der Molkereibesitzer hinaus. Hierbei zog sich der Kutscher einen Bruch der Kniescheibe zu, wodurch er ein lahmes Bein behielt. Der Verletzte klagte gegen den Dienstherrn auf Schadenersatz und Jahresrente, was ihm auch in den Vorinstanzen zugebilligt wurde. Der Beklagte berief sich zwar darauf, daß ein Betriebsunfall vorliege, mithin er nicht haftbar gemacht werden könne, das Gericht verneinte aber das Vorliegen eines Betriebsunfalles. Die Körperverletzung hänge nicht mit dem landwirtschaftlichen Betriebe zusammen, sie sei unabhängig vom Betriebe durch eine tätliche Einwirkung auf den Körper des Klägers verursacht worden.

Die von dem verurteilten Unternehmer hiergegen eingelegte Revision hatte Erfolg. Das Urteil wurde aufgehoben und an die Vorinstanz zurückverwiesen. Die Begründung der Vorinstanz sei, so sagt das Reichsgericht, rechtlich unhaltbar. Anlaß, Beginn und Verlauf des Streites sei nicht genügend festgestellt. Wie das Berufungsgericht als erwiesen annimmt, sei die Körperverletzung durch den Fall des K. auf den Steinboden entstanden. Träfe dies zu, so habe der Kläger sich über die Kost beschwert, sich dann ungebührlich benommen und es verweigert, den Stall zu verlassen. Beklagter habe demnach Gewalt angewendet, um seine Rechte und sein Ansehen als Dienstherr zu wahren und die Ordnung in seinem Betriebe aufrechtzuerhalten. Entstehen, Entwicklung und Ausgang des Streites stehen hiernach in einem wesentlichen Zusammenhang mit der Betriebsbeschäftigung. Daß die Körperverletzung an sich nicht zu dem Landwirtschaftsbetriebe gehört, sei unerheblich. Das Berufungsgericht habe demnach zu prüfen, ob nicht ein Betriebsunfall vorliege.

An dieser Entscheidung des Reichsgerichts ist zweierlei bemerkenswert: Erstens, daß eine Körperverletzung seitens des Arbeitgebers zwar nicht „an sich zu dem Landwirtschaftsbetriebe" gehört, aber doch immerhin als „Betriebsunfall" anzusprechen ist, und zweitens, daß nach Ansicht des höchsten deutschen Gerichtshofs Mißhandlungen ein geeignetes und erlaubtes Mittel für einen Arbeitgeber sind, „um seine Rechte und sein Ansehen als Dienstherr zu wahren und die Ordnung im Betriebe aufrechtzuerhalten".

Da es in Deutschland bekanntlich gleiches Recht für alle gibt, müßte es danach auch den Arbeitern gestattet sein, zur Wahrung ihrer Rechte gegebenenfalls ihre Dienstherren zu verhauen. Wir würden jedoch keinem raten, das Experiment zu machen.

Hilfsdienst für Beschwerdeführer.

Zucker als Aktendeckel. — Die Butterlampe.

Aus dem Westen wird uns geschrieben: In Mayen, einer Stadt in der Eifel, hat ein bisher beim Lebensmittelamt beschäftigter Arbeiter Mißstände im Lebensmittelamt aufgedeckt. Eine Stadtverordnetensitzung beschäftigte sich mit der Angelegenheit. Sie brachte zwar keine befriedigende Aufklärung, die hohe Behörde machte aber derart in Entrüstung und Zwangsmitteln gegen den Arbeiter, daß das Verfahren im ganzen Reiche bekannt zu werden verdient. Der Landrat Dr. Peters schildert sein Verhalten gegen die Frau jenes Arbeiters wie folgt:

> Die Frau dieses Arbeiters sei mit den erwähnten Aufzeichnungen zu ihm gekommen. Er hätte ihr den Zettel vor die Füße geworfen und sie ersucht, sein Amtszimmer zu verlassen.

Eine gerichtliche Untersuchung gegen die beschuldigten Beamten ist bisher unterblieben, dagegen kündigte der Landrat eine Beleidigungsklage gegen den Beschwerdeführer an und erklärte ferner in öffentlicher Stadtverordnetensitzung, er werde den Beschwerdeführer dem Hilfsdienst bei der Munitionsindustrie in Siegburg überweisen. Das ist allerdings das beste Mittel, von Beschwerden und der Aufdeckung von Mißständen abzuschrecken.

Daß der Arbeiter sehr berechtigte Klagen vorträgt, erhellt aus folgendem Fall: Er mußte im Auftrage des Lebensmittelamtes 350 Pfund Zucker unter der amtlichen Deklaration „Aktendeckel zum Einstampfen" an eine Tabakfabrik in Köln absenden. Die Sendung wurde wegen der falschen Deklaration von der Bahn zurückgewiesen, später aber doch zum Versand gebracht. Die vorgesetzten Behörden werden gut tun, sich das Mayener Lebensmittelamt ein wenig näher anzusehen.

Ein anderes: Jeder des Hamsterns Kundige weiß, wie sehr auf dem Lande Petroleum als Lichtquelle geschätzt wird. Bauern in der Gegend von Malmedy in der Eifel helfen nun in höchst eigenartiger Weise der Finsternis ab. Angeregt durch die Kunde, daß Butter aus Ermangelung anderer Rohstoffe zu wertvollem Schmieröl verarbeitet werde, haben sie die Butterlampe erfunden: ein flaches rundes Gefäß, mit Butter und etwas Stearin gefüllt, in welcher Mischung ein Docht vorzüglich brennt. Die Erfindung fand Anklang. Beim trauten Schein der Butterlampe halten nun die Bauern ihre Gespräche von Krieg und Kriegsgeschrei.

Was sie sich wünschen. „Uns fehlt der Bismarck, der 1871 zwei Königsberger Kaufleute, die Gegner der Annexion Elsaß-Lothringens waren, kurzerhand einsperren ließ . . ." so stöhnen die „Alldeutschen Blätter". Das wäre allerdings ein Idealzustand für die Alldeutschen, wenn alle Gegner ihrer Annexionspläne kurzerhand ins Gefängnis gesteckt würden. Bleibt nur die schwierige Frage, wer Krieg führen soll, wenn neun Zehntel des deutschen Volkes hinter schwedischen Gardinen sitzen. Und der Verfasser dieses Artikels will gar nicht eher aufhören, „bis der Feind zu Boden gerungen ist und um Frieden bittet".

In derselben Nummer der „Alldeutschen Blätter" schreit ein österreichischer Alldeutscher nach der Hilfe des Reiches, „da wir Oesterreicher uns unserer inneren Feinde nicht erwehren können". Zu Beginn seines Artikels trifft der Herr die statistische Feststellung, daß diese „inneren Feinde" beiläufig 70 Proz. der Bevölkerung Oesterreichs ausmachen, nämlich Tschechen, Polen, Südslawen, Juden und Sozialdemokraten, dazu noch einige Klerikale usw. Trotzdem meint er: „Feste zugefaßt, vor nichts zurückgeschreckt, und es wird gehen". Alle Wetter, nun auch noch 70 Proz. der Oesterreicher ins Loch, wer bleibt denn da noch übrig?!

v. Bonin kandidiert wieder. Der konservative Abgeordnete für Neustettin, v. Bonin-Bahrenbusch, der sein Mandat wegen eines gegen ihn anhängigen Prozesses niedergelegt hat, wird von den Konservativen für die Neuwahl wieder aufgestellt werden.

Letzte Nachrichten.

Die Engländer in Nordpersien.

Moskau, 3. August. (W. T. B.) Englische Truppen sollen Rescht und Giljak mit vorläufig sehr schwachen Kräften besetzt haben. (Rescht ist ein wichtiger Ort unweit der westlichen Südküste des Kaspischen Meeres.)

Gewerkschaftsbewegung

Neue Bestimmungen für die Entlassung von Tabakarbeitern.

Die Zentrale für Kriegslieferung von Tabakfabrikaten (Sitz Minden i. W.) hat mit Rücksicht auf die starke Einschränkung der Herstellung von Zigarren, die gegenwärtig nicht weniger als 60 v. H. der Herstellung der ersten sieben Monate des Jahres 1917 beträgt, am 29. Januar 1918 eine Reihe Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeitern in Zigarrenherstellungsbetrieben erlassen, die in der Hauptsache, gemäß dem Wunsche der Tabakarbeiterverbände, den Schutz der berufsständigen Arbeiter und Arbeiterinnen bezweckte. In den Jahren 1915 und 1916 mochten ohne den Ersatz für die zum Heeresdienst eingezogenen Tabakarbeiter etwa 70 000 neue Arbeitskräfte in die Industrie eingetreten sein. Dann kam der Tabakmangel. Um nun besonders die alten, schwachen und gebrechlichen Arbeiter vor der Entlassung zu schützen, war es notwendig zu bestimmen, daß die neuangelernten Arbeitskräfte zuerst entlassen werden mußten. Das wurde denn auch verfügt, indem sämtliche vor dem 1. August 1914 in der Zigarrenherstellung nicht beschäftigten Personen entlassen werden sollten.

Mit den Rohtabakvorräten steht es nämlich so, daß die Zigarrenfabrikation trotz der Beschränkung der Herstellung auf 40 v. H. nur noch bis in die ersten Monate des kommenden Jahres mit verfügbaren Rohstoffen rechnen kann. Dann würden natürlich sämtliche in der Zigarrenherstellung Beschäftigten zu entlassen sein. Die neue Verfügung geht nun von dem Gesichtspunkt aus, daß schon jetzt Rücksicht auf die spätere Beschränkung und den gänzlichen Schluß genommen werden muß, und da auch andere als Berufsunständige zur Entlassung kommen müssen, muß eine grundsätzlich andere Regelung eintreten, immer aber unter Schonung der alten und schwächlichen Personen. So ist von nun ab nicht nur die Berufsständigkeit, sondern auch die Verwendbarkeit in anderen Berufen maßgebend. Es heißt jetzt: In der Zigarrenindustrie dürfen nur Arbeiter weiter beschäftigt werden, die bereits vor dem 1. August 1914 in ihr tätig waren, mit Ausnahme solcher, welche zur Arbeit in anderen Erwerbszweigen nicht fähig sind.

Die alte sowohl wie die neue Verfügung (vom 29. Juli 1918) verlangt ferner, daß die in der Zigarrenindustrie verbleibenden Arbeiter voll beschäftigt werden müssen. Manche Unternehmer hatten noch nach der ersten Verfügung die Arbeitszeit beschränkt oder ließen aussetzen, um ihr Personal zu halten. Die Arbeiter aber hatten den Schaden davon durch erhebliche Verdienstverminderung. Da aber Arbeitskräfte überflüssig sind und immer mehr werden, ist es vor allem nötig, die jungen Arbeitskräfte abzustoßen, zumal es in anderen Berufen an Arbeitern mangelt. Die Tabakarbeiterverbände mußten im Interesse der Arbeiterschaft gerade darauf bestehen. Soweit die Vollbeschäftigung nicht möglich ist, sind diejenigen Arbeiter zu entlassen, welche nur nebenbei zur Erlangung eines für den Lebensunterhalt nicht notwendigen Verdienstes tätig sind, sowie solche, welche nicht durch häusliche Verhältnisse oder andere zwingende persönliche Gründe an ihren Wohnort gebunden und körperlich imstande sind, sich in anderen Erwerbszweigen zu betätigen. Aus wirtschaftlichen Gründen können auch jetzt, wie nach der ersten Verfügung, Betriebsstätten stillgelegt werden. Neu- und Wiedereinstellung von Arbeitern darf nur mit Genehmigung der Zentrale erfolgen, und sind arbeitslose berufsständige, in anderen Erwerbszweigen nicht verwendbare, vornehmlich auch kriegsbeschädigte Tabakarbeiter zunächst zu berücksichtigen. Bei dem Wiederaufbau der Industrie sind jene Tabakarbeiter vorzugsweise wieder einzustellen, die im Heeres- oder Hilfsdienst gestanden haben, sowie jene, die nach ihrer Entlassung in anderen Erwerbszweigen tätig gewesen sind.

Entstehen Streitigkeiten über die Verwendbarkeit der Arbeiter in anderen Berufen, so entscheidet darüber ein Bezirksausschuß. Solcher Bezirksausschüsse werden von der Zentrale 10 eingerichtet, denen je zwei Vertreter der Unternehmer und zwei der Arbeiter angehören werden. In letzter Instanz entscheidet die Zentrale.

Zur besseren Hinüberleitung der Arbeiter und Arbeiterinnen in andere Berufe, besonders dann, wenn die Herstellung von Zigarren ganz eingestellt werden muß, haben die Unternehmer Personalkarten zu führen, die bei Entlassungen sofort an die Arbeitsnachweise abzugeben sind.

Das sind im wesentlichen die Bestimmungen, die künftig für die Beschäftigung und Entlassung von Tabakarbeitern, soweit die Zigarrenherstellung in Frage kommt, gelten. Der Krieg wirkt schwer auf die Tabakindustrie, besonders aber auf die Tabakarbeiter; so schmerzlich es ist, wenn altgeübte Arbeitskräfte ihren Beruf verlassen müssen, es konnte nicht verhindert werden; aber Licht und Schatten möglichst günstig zu verteilen, ist Aufgabe der organisierten Tabakarbeiter. Und sie glauben, es bei der Mitwirkung bei dieser Verfügung getan zu haben.

Die Berichtigung der Zentralkommission der Krankenkassen.

Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen ersucht:

Von einer Reise zurückgekehrt, werde ich auf die in der Nummer des „Vorwärts" vom 28. Juli enthaltene Berichtigung der Zentralkommission der Krankenkassen gegen den Bericht über die Versammlung der Krankenkassenangestellten in der Nummer vom 12. Juli aufmerksam gemacht. Die Redaktion hat bereits ganz richtig darauf hingewiesen, daß die Zentralkommission Dinge berichtigt, die weder in dem Bericht enthalten, noch in der Versammlung behauptet sind. Die in der Versammlung aufgestellte Behauptung, daß die A.O.K. der Stadt Berlin und die O.K. der Mechaniker nicht rechtzeitig genügende Maßnahmen getroffen hätten, um die ungeheure Mehrarbeit der Verwaltung während der Grippe-Epidemie zu bewältigen, muß aufrechterhalten werden. Bezüglich der O.K. der Mechaniker ist ja in derselben Nummer des „Vorwärts" vom 28. Juli nach eigener Anschauung der Redaktion in der Notiz „Im Krankenpferch" das notwendige gesagt. Diese ungeheure Ueberfüllung der Kassenräume ist zwar durch die Grippe-Epidemie verschlimmert, aber nicht herbeigeführt, sondern besteht schon seit Jahren. Die Kasse hat während des Krieges ihre Mitgliederzahl mehr als verdoppelt, ohne auch nur einen einzigen Abfertigungsschalter mehr zu öffnen. Obwohl die Angestellten der Kasse und unser Verband wiederholt Abhilfe verlangt haben, da die Angestellten die berechtigte Unzufriedenheit der Mitglieder auszubaden haben, ist Vorstand und Verwaltung dazu nicht zu bewegen, weil man die dadurch entstehenden Kosten scheut. Lieber hält man jahrelang Verhältnisse aufrecht, die geradezu einen Hohn bilden auf die Aufgaben der Krankenkassen.

Der A.O.K. der Stadt Berlin wird besonders zum Vorwurf gemacht, daß sie nicht rechtzeitig mit der Einstellung von Hilfskräften vorgegangen ist. Auch die Zentralkommission der Krankenkassen kann das nicht bestreiten. Die Kasse stellt z. B. seit längerer Zeit grundsätzlich keine männlichen, sondern nur noch weibliche Hilfskräfte ein. Ob das lediglich des geringeren Lohnes der letzteren wegen geschieht, lasse ich dahingestellt. Ferner geht die Kasse außerordentlich leicht mit der Entlassung von Hilfskräften vor, so daß sie den stärksten Personalwechsel aller Berliner Krankenkassen während des Krieges zu verzeichnen hat. Auch während der Grippe-Epidemie hat die Personalverwaltung der Kasse im Gegensatz zu anderen Kassen erst im letzten Moment und sehr zögernd mit der Einstellung von Hilfskräften begonnen.

Die Krankenkassenangestellten haben auch während der Grippe-Epidemie mit äußerster Kraftanspannung gearbeitet, um den Ansturm der Kranken zu bewältigen. Manche von ihnen sind darüber selbst zusammengebrochen. Es war daher wohl berechtigt, daß sie alle möglichen Maßnahmen zur Beseitigung der Mißstände treffen sollten. Verband der Bureauangestellten Deutschlands, Ortsgruppe Groß-Berlin.

Im Anschluß hieran ersucht auch die Redaktion der „Bureauangestellten" um Wiedergabe folgender Bemerkung:

Die Zentralkommission der Krankenkassen hebt in ihrer Berichtigungsnotiz noch die Tatsache hervor, daß der im Organ der Bureauangestellten über die Angestelltenversammlung gebrachte Bericht wesentlich anders laute als der Bericht im „Vorwärts". Dieser Einwand scheint sehr gesucht. Wie der Zentralkommission nicht unbekannt ist, leiden wir wie andere Gewerkschaftsblätter unter der Papierknappheit und sind deshalb infolge Raummangels in unserer Berichterstattung sehr beschränkt. Der von uns gebrachte Bericht war im Hinblick auf diese Umstände stark gekürzt. Er enthält nur das Wesentliche, und deshalb vor allem die für grundlegende Verhandlungen von der Versammlung gutgeheißenen Richtlinien. Für unsere Mitglieder im Reich kam dann noch eine Orientierung über die errungenen Teuerungszulagen in Betracht.

Parteinachrichten.

Die linksradikale Kritik an den Unabhängigen.

Daß die Unabhängigen trotz aller Klobigkeit und trotz ihres demonstrativen Radikalismus oder gerade wegen der zur Schau getragenen Absichtlichkeit ihre Anhänger nicht voll befriedigen, ist eine Binsenwahrheit. Die Opponenten finden nur nicht das Ohr der Oeffentlichkeit, sei es mangels einer Zeitung, sei es, weil ihre Publikationsmittel über einen ganz engen Kreis nicht hinausdringen. Die unabhängige Presse hütet sich natürlich wohlweislich vor dem Geständnis, daß die Brüder zur linken Hand die Demagogie ihrer Partei rücksichtsloser verhöhnen als die „Regierungssozialisten". Die „Leipziger Volkszeitung" übersieht auch die schärfsten und bestbegründeten Angriffe der linksradikalen „Bremer Arbeiterpolitik".

Die „Bremer Arbeiterpolitik" nimmt den Brief Franz Mehrings an die „Prawda" wieder zum Anlaß einer heftigen Attacke. Es müsse zwar jedem Parteimitglied die schärfste Kritik freistehen, aber wenn diese Kritik die Gebrechen der Partei für unheilbar erklärte, so sei der innere Bruch längst vollzogen. „Der Brief ist ganz offenbar diktiert von dem Wunsche, daß man für das Verhalten der Unabhängigen Partei nicht verantwortlich sein will, daß man innerlich nichts mit ihr zu tun habe." Die Bremer Linksradikalen sehen in dem Brief Mehrings die glänzendste Rechtfertigung für ihre Sonderbestrebungen. Die Verbindung mit den Haaseleuten könne für einen Linksradikalen von echtem Schrot und Korn nicht von Dauer sein oder müsse zu seiner Knochenerweichung führen.

Und dann zieht die „Bremer Arbeiterpolitik" die ganze Schale ihres ätzenden Hohnes über die radikalen Unabhängigen, die nicht einmal die Courage zu einer wicklichen Auseinandersetzung mit Mehring hatten: „Mehring hinauswerfen, das wollten sie nicht; denn einen Skandal, der vielleicht eine mehr oder minder große Zahl von Gesinnungsfreunden Mehrings veranlaßt hätte, mitzumachen, wollten sie unter allen Umständen vermeiden. Mehrings Kritik aber folgeleisten und die Partei nach seinem Wunsche umorientieren, das wollten sie noch weniger. Was also taten sie? Sie zogen sich ins Gebiet der Quelle zurück. Jedem Schwerthieb, der, wenn er auf festen Widerstand traf, hätte durchschlagen müssen, setzten sie ein breiiges Gemisch von Urschleim entgegen." Die Unabhängigen hören sich diese schneidende Kritik an und lassen sie demütig über sich ergehen, ohne aufzumucken.

Die Kölner Parteigenossen zur Taktik der Fraktion. Eine Sitzung der sozialdemokratischen Vertrauensleute der Wahlkreise Köln-Stadt, Köln-Land und Mülheim nahm einen Bericht des Kölner Reichstagsabgeordneten Meerfeld über die jüngste Tagung des Reichstags entgegen. Die Aussprache zog sich durch 3 Sitzungen hin. Von den 30 Rednern, die zu Worte kamen, sprachen sich eine Reihe gegen die letzte Kreditbewilligung aus und forderten die Ablehnung weiterer Kriegskredite. Die ganze Aussprache zeigte, welche politische Verwüstung durch das Versagen der Regierung Hertling, durch das Geschrei der Eroberungspolitiker, durch das verbrecherische Verhalten der Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses und durch die Kriegsnot angerichtet worden ist. Mit allen gegen vier Stimmen wurde folgende von dem Parteivorsitzenden Genossen Sollmann eingebrachte und begründete Entschließung angenommen:

„Die Vertrauensleute der sozialdemokratischen Vereine von Köln-Stadt und -Land und von Köln-Mülheim erklären, daß die Partei an dem alten sozialdemokratischen Grundsatze der Landesverteidigung festhalten muß. Mit der sozialdemokratischen Politik, die auf einen Wiederaufbau der Internationale und auf einen Völkerbund gerichtet sein muß, ist die Bewilligung von Mitteln für militärische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Deshalb müssen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Massen im Lande alles aufbieten, um die Reichsregierung zu einer eindeutig klaren Bekundung und Betätigung ihrer Kriegsziele in diesem Sinne zu drängen.

Die Art des Wechsels im Auswärtigen Amt hat das Mißtrauen gegen die Regierung verschärft. Im Einverständnis mit dem Reichstagsabgeordneten für Köln-Stadt, dem Genossen Meerfeld, bedauert die Versammlung, daß dieses Mißtrauen in der leider recht einseitigen Fraktionserklärung bei der jüngsten Kreditbewilligung so gut wie überhaupt nicht zum Ausdruck gekommen ist.

Die Vertrauensleute sind der Ansicht, daß nach der durch außerparlamentarische Einflüsse herbeigeführten Entlassung Kühlmanns und der verdächtig hinhaltenden Wahlrechtspolitik des Grafen Hertling ein verschärfter Kampf gegen die Regierung dringend geboten war.

Von der Fraktion wird erwartet, daß sie bei Forthauer der jetzigen Regierungsmethoden ihr Verhältnis zum Reichskanzler sobald als möglich gründlich klärt.

Bei neuen Versuchen der Unklarheit und des Hinhaltens muß die Reichstagsfraktion in die entschiedenste Oppositionsstellung treten."

Mit dem Entwurf des neuen Aktionsprogramms der Partei hat sich in zwei Versammlungen der Ortsverein der Partei in Fürth in Bayern beschäftigt. Nach einer sehr regen Aussprache entschied sich die Versammlung zunächst für folgende allgemeine Feststellungen: Der in der Parteipresse veröffentlichte Entwurf eines „Aktionsprogramms" soll nach seiner Einleitung das Erfurter Programm nicht aufheben, sondern nur ergänzen. Die Versammlung billigte diesen Grundsatz, konnte aber nicht unterlassen, auszusprechen, daß ihm der Entwurf selbst nur bedingt Rechnung trägt. Der Entwurf nimmt zwar einzelne Forderungen des Erfurter Programms herüber, gibt ihnen aber eine weniger präzise, verwässerte Form. Andererseits läßt er Fragen, die für die nächste Zeit erhöhte Bedeutung erlangen werden, vollständig unberührt; so beispielsweise die Stellung der Partei zu den Forderungen für Heer und Marine, zur Kolonialpolitik, zur Rechtspflege und Rechtsprechung, zur Agrarpolitik usw. Soll das Aktionsprogramm aber voll seinen Zweck erfüllen, so erfordert das die Zusammenfassung aller für die nächste Zeit in den Vordergrund stehenden Forderungen und zwar, dem Zwecke mehr entsprechend, in Form eines volkstümlich und packend geschriebenen Aufrufes. Auch müsse der internationalen Aufgabe der Sozialdemokratie in dem Aktionsprogramm bzw. der Sozialpolitik, des Arbeiterschutzes usw. gedacht werden. Gerade nach dem Krieg wird der Konkurrenzkampf der Kapitalisten auf dem Weltmarkte mehr denn je auf Kosten der Arbeiter aller Länder ausgetragen werden. Es seien deshalb nach Feststellung dieser allgemeinen Mängel folgende Aenderungen im Aktionsprogramm vorzunehmen: 1. Im Abschnitt 1 die Aufnahme der Klausel Selbstbestimmungsrecht der Völker, worunter das Recht der Völker auf Aufrechterhaltung oder Neuaufrichtung ihrer politischen Unabhängigkeit zu verstehen ist. 2. In den Abschnitten 6 und 7 ist an Stelle der Forderungen des „Fallenlassens hoher Lebensmittelzölle usw." und „Aufhebung aller Verbrauchsabgaben auf notwendige Lebensmittel" an der bisherigen, im Erfurter Programm niedergelegten Fassung festzuhalten. 3. In den Abschnitten 8 sind die Forderungen aufzunehmen: Internationale Regelung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung, Ausbau und Vereinheitlichung des Arbeiter- und Angestelltenrechts unter rechtlich völliger Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten; Ausdehnung und sinngemäße Anwendung der Arbeiterschutzgesetze auch auf diese. 4. Die endgültige Abfassung eines Agrarprogramms erscheint zwar dringlich, erfordert aber längere Zeit. Es sind deshalb einstweilen Richtlinien für die Stellung der Partei zu den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben in das Aktionsprogramm aufzunehmen. Grundsätzlich allerdings spricht sich die Versammlung dafür aus, zunächst nur bestimmte, festumrissene Forderungen für die Zeit des Ueberganges von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft aufzustellen, von der Schaffung eines allgemeinen Aktionsprogramms im jetzigen Zeitpunkte, wo die Verhältnisse noch vollständig im Unklaren liegen und sich noch alles im Flusse befindet, jedoch abzusehen. Sollte trotzdem das Aktionsprogramms zustande kommen, so hält die Versammlung dessen endgültige Sanktionierung durch einen deutschen Parteitag für notwendig.

Industrie und Handel.

Zweifel an der Stapelfaser.

Der Verband der sächsisch-thüringischen Webereien hat sich, wie in der Sitzung der Handelskammer Greiz mitgeteilt wurde, längere Zeit mit Prüfung der neuen Stapelfaser der Vereinigten Glanzstoffabriken in Elberfeld befaßt, um die Herstellung und Verarbeitung dieser Gespinstfaser im sächsisch-thüringischen Webereibezirk in größerem Umfange in die Wege zu leiten. Das Ergebnis ist, daß man zwar die Bedeutung der Sache an und für sich nicht verkenne, aber die großen Hoffnungen, welche die Reichsbekleidungsstelle in diese neue Ersatzfaser knüpft, in dem Umfange, wie dies geschieht — wenigstens für die nächste Zeit — nicht teile. Man hält die Erwartungen für verfrüht.

Die Börse hat — natürlich ohne den Schimmer eines eigenen Urteils — die Aktien der Vereinigten Glanzstoffabriken A.-G. mächtig in die Höhe gesetzt. Die vorliegenden Kaufaufträge konnten nur zu einem kleineren Teil und unter Vernachlässigung der kleinen Orders erfüllt werden.

Die Luxussteuer.

Laut Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Sicherung einer Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände vom 2. Mai 1918 war für den Kleinhandel angeordnet worden, auf Edelmetalle, Edelsteine, sowie Gegenstände aus oder in Verbindung mit diesen Stoffen eine Rücklage in Höhe von 20 Proz. des Entgelts zu bilden. Der Reichstag hat mit rückwirkender Kraft den Satz von 20 auf 10 Proz. herabgesetzt, so daß bei der ersten Steuererklärung für die Zeit vom 5. Mai bis zum 31. Juli 1918 dieser Satz von 10 Proz. in Rechnung zu stellen ist. Die Berechnung dieses 10prozentigen Satzes erfolgt von dem Gesamtentgelt, das der Verkäufer erzielt hat, also von dem früheren Verkaufspreis plus 25 Proz. Aufschlag für die Steuer. Wenn z. B. ein Gegenstand mit Verkaufspreis von 100 Mk. vor dem 5. Mai nunmehr den Steueraufschlag erhielt, also mit 125 M. verkauft wurde, so ist von diesem Betrage jetzt als Steuer 12½ M. zu deklarieren, während der Restbetrag des Aufschlages an den Käufer zurückgezahlt werden kann. Falls in unzutreffender Weise nur ein Aufschlag von 20 Proz. genommen worden ist, so wären jetzt als Steuerbetrag von 120 M. 10 Proz., also 12 M. anzurechnen, so daß eine Rückzahlung von 8 M. nur in Frage käme.

Gerichtszeitung.

Muß der Angestellte in die Verlegung des Urlaubs willigen?

Die 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verneinte diese Frage gelegentlich eines zur Entscheidung gekommenen Rechtsstreites. Die Beklagte, die „Hauptstelle für gemeinschaftliche Handwerkslieferungen", hatte ihrer seit zwei Jahren in Stellung gewesenen Stenotypistin Frieda G. einen Urlaub von 14 Tagen erteilt, der am 1. Juli beginnen sollte. Auf Grund gegenseitiger Uebereinkunft wurde der Antrittstag des Urlaubs um fünf Tage verschoben. Als sich die Klägerin am Tage vor dem Urlaubsbeginn von dem erkrankten Direktor verabschieden wollte, ließ ihr dieser sagen, wenn sie auf ihren Urlaub fuße, dann möge sie in Gottes Namen fahren, aber sie werde ja sehen, was es für Folgen haben werde. Da das junge Mädchen bereits die Pension gemietet und überhaupt alle Reisevorbereitungen getroffen hatte, trat es seinen Urlaub an. Drei Tage später erhielt es die Aufforderung, bei Vermeidung sofortiger Entlassung unverzüglich zurückzukommen. Da die Klägerin dem nicht Folge leistete, wurde sie entlassen. In der Verhandlung stellte der Vertreter der Beklagten den Grundsatz auf, es müsse dem Arbeitgeber überlassen bleiben, einen erteilten Urlaub zeitlich zu verlegen. Das Kaufmannsgericht trat dieser Auffassung jedoch nicht bei. Ein einmal erteilter Urlaub könne nicht einseitig zurückgezogen oder verlegt werden. Eine derartige Maßnahme entspreche nicht der Verkehrssitte. Es würde sonst auch dem Gehilfen zur Unmöglichkeit gemacht werden, die notwendigen Vorbereitungen und Dispositionen für eine Erholungsreise zu treffen. Da die Entlassung für unbegründet angesehen wurde, erkannte die Beklagte ein Monatsgehalt vor Urteilsfällung an.

Wann kann die Wählerliste eingesehen werden?

Das Oberverwaltungsgericht hat eine für Gemeindewahlen ungemein wichtige Entscheidung getroffen und Wahlen für ungültig erklärt, weil die Wahlen unter Benutzung einer nicht ordnungsmäßig ausgelegten Liste vorgenommen worden seien. Das Gericht führte u. a. aus, es stehe fest, daß einigen Wählern, welche die Liste während der Dauer der Auslegungsfrist einsehen wollten, die Einsichtnahme nicht möglich war, weil der Gemeindevorsteher, in dessen Wohnung die Liste auslag, von Hause abwesend war. Diese Tatsache würde unerheblich sein, wenn bekanntgemacht wäre, daß die Liste nur zu bestimmten Tagesstunden zugänglich sei und jene Wähler die Liste zu einer anderen Stunde hätten einsehen wollen, oder aber, wenn sie, sofern die Einsichtnahme nicht auf bestimmte Stunden beschränkt war, sich zu einer nicht angemessenen Zeit in der Wohnung des Gemeindevorstehers eingefunden haben würden. Keine dieser Voraussetzungen liege vor. Als unangemessen könne die Zeit nach 6 Uhr nachmittags, zu der jene Wähler den Versuch gemacht hatten, Einblick in die Liste zu gewinnen, im Hinblick auf die ländlichen Verhältnisse und in Anbetracht des Umstandes, daß Wähler gewisser Berufskreise erst nach Schluß ihrer Arbeitszeit Gelegenheit dazu finden, nicht erachtet werden. Der Einwand, daß der Gemeindevorsteher zumal in Kriegszeiten durch private und andere amtliche Geschäfte stark in Anspruch genommen und daher nicht in der Lage wäre, fortdauernd in der Wohnung anwesend zu sein, greife nicht durch. Abgesehen davon, daß die Auslegung der Liste nicht notwendig gerade im Hause des Gemeindevorstehers zu erfolgen brauche, könne die Einsichtnahme in die Liste auf bestimmte Tagesstunden beschränkt werden; auch könne in geeigneter Weise Vorsorge getroffen werden, daß die Liste auch während der Abwesenheit des Gemeindevorstehers eingesehen werden könne.

Jugendveranstaltungen.

Prenzlauer und Schönhauser Vorstadt. Jeden Montag und Freitag von 7—10 Uhr: Bewegungsspiele auf dem Falkplatz. Morgen bei Eichhorn, Danziger Str. 93: Vortrag des Genossen P. Schulz.

Neukölln. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Berliner Str. 86/87: Vortrag des Genossen Neumann: „Feinde der Arbeiterjugend."

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.